

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Litwinoff kritisiert den französischen Plan

## „Sicherheit vor dem Krieg“

Rußlands These: Totalabrüstung — Verbot der Angriffswaffen

Die Sitzung der Abrüstungskonferenz begann am Donnerstag mit der Rede des belgischen Außenministers. Nach ihm sprach

der russische Volkskommissar Litwinoff.



Er wiederholte den Vorschlag einer allgemeinen Abrüstung, erklärte aber, daß die Sowjetdelegation nicht die Alternative stelle „Nichts oder alles“. Die Entstehung des Völkerbundes und des Artikels 8 seiner Satzung seien nichts anderes als

ein schwacher Tribut an die Forderung der großen Volksmassen

gewesen. Die Sowjetregierung habe niemals die unausweichliche Notwendigkeit der Unterhaltung irgendeiner bewaffneten Macht gesehen und aus diesem Grunde wiederholt den Vorschlag einer

allgemeinen völligen Abrüstung als einziges Mittel zur Abschaffung des Krieges

gemacht. Die düsteren Voraussagen der Sowjetunion über die Möglichkeit eines neuen Krieges hätten sich leider durch die Ereignisse in Ostasien bestätigt. Der Krieg seit dort zwar noch nicht notariell beendigt, aber im übrigen regelrecht im Gange. Wer sei optimistisch genug, um zu behaupten, daß die dortigen Feindseligkeiten sich auf zwei Länder oder einen einzigen Kontinent beschränken würden? Die Ausdehnung der strittigen Grenzen sei jetzt größer als zu Beginn des letzten Krieges. Weder die bestehenden Pakte und Organisationen noch die Begrenzung der Rüstungen könnten den Krieg verhindern.

Die Formel der Sowjetdelegation laute:

Sicherheit gegen den Krieg.

Die Sowjetdelegation sei der Auffassung, daß man danach streben müsse, den Krieg selbst unmöglich zu machen. Litwinoff ging als erster Redner ausführlich auf die

französischen Vorschläge

ein. Die Erörterung dieser Vorschläge, so erklärte er u. a., würde diese Konferenz notwendigerweise in die vorbereitende Konferenz einer künftigen Abrüstungskonferenz verwandeln, die wahrscheinlich nicht weniger Zeit als der Vorbereitungsausschuß brauchen würde. Die französischen Vorschläge seien nur eine Ausarbeitung und Konkretisierung des Genfer Protokolls, das den Völkerbund sieben Jahre lang ergebnislos beschäftigt habe. Nichts deutete darauf hin, daß das Protokoll jetzt größere Zustimmung finde, als vorher. Sich auf dieses Bemühen zu versteifen, würde unter den gegenwärtigen Umständen einen Rückschritt bedeuten, der die Abrüstungsfrage um weitere sieben Jahre oder Jahrzehnte zurückwerfen würde.

Ausführlich beschäftigte Litwinoff sich mit dem französischen Vorschlag einer internationalen Armee.

Welche Garantien, so fragt er, bestehen, daß diese internationale Armee wirklich eingesetzt wird und daß es rechtzeitig geschieht, ehe der Schwächere endgültig zu Boden geworfen ist? Welche Garantien bestehen dafür, daß ein internationaler Organismus, der über die internationale Armee verfügt, den Angreifer wird bestimmen können und wollen? Wer bürgt dafür, daß bei dem Vorhandensein des nationalen Egoismus, von dem hier mit Recht gesprochen worden ist, eine internationale Armee nicht im Interesse dieses oder jenes Staates eingesetzt wird, der sich innerhalb des internationalen Organismus mit Hilfe von Sonderbündnissen, Ententen und Abkommen die Vorherrschaft gesichert hat? Die französischen Vorschläge sagen nichts über das Verbot solcher Abmachungen. Ich lasse die Frage beiseite, ob man von der Sowjetunion verlangen kann, daß sie die Sorge um ihre Sicherheit und einen Teil ihrer Truppen einem internationalen Organismus anvertraue, dessen ungeheure Mehrheit aus Staaten bestehen würde, die ihr offen feindlich gesinnt sind und die aus Feindschaft keine Beziehungen mit ihr unterhalten. — Man kann vielmehr erwarten, daß die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion glauben, daß die Schaffung einer internationalen Armee unter den gegenwärtigen Umständen nur eine Bedrohung ihres Landes

bedeuten kann. Aus diesem Grunde muß ich offen sagen, daß unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Staaten die französischen Vorschläge uns mit ernstesten Zweifeln erfüllen. Die Sowjet-Delegation wird durch diese Tatsachen in ihrer Ueberzeugung bestärkt, daß der einzige und unfehlbare Weg zur Lösung des Problems der Organisation des Friedens, des Problems der Verhinderung der Kriege und des Problems der Sicherheit für alle Völker der von ihr empfohlene Weg einer völligen und allgemeinen Abrüstung ist.

Litwinoff betonte besonders, daß die Sowjetunion den Wert der internationalen Abkommen und Verpflichtungen für die Sache des Friedens nicht verkenne.

Sie habe allen Staaten ohne Ausnahme nicht-angriffspakte vorgeschlagen und werde dies weiterhin tun. Diese Pakte hätten zum mindesten die Bedeutung, daß sie den Prüfstein für die friedlichen Absichten der anderen Staaten darstellen. Wenn ein Faktvorschlag von einem anderen Staate angenommen und sofort verwirklicht werde, könne die Sowjetunion eine gewisse Stabilität in ihren Beziehungen mit diesem Staate feststellen. Wenn dieser Vorschlag nicht sofort angenommen werde, wenn seine Erörterung Jahre hindurch dauere, und wenn nach Paraphierung der Texte lange Erwägungen einsetzen und die endgültige Unterzeichnung aufge-

### Hindenburg-Entscheidung Sonnabend

TU. Berlin, 11. Februar.

In Berliner politischen Kreisen rechnet man damit, daß eine Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Reichspräsidentenkandidatur durch Hindenburg bis zum Sonnabend abend oder Sonntag endgültig gefallen sein wird.

schohen werde, so könne dieses Gefühl des Vertrauens nur abnehmen.

Die Sowjet-Delegation, so fuhr Litwinoff fort, hat dem Vorbereitungsausschuß vor über vier Jahren den Entwurf eines allgemeinen Abrüstungsabkommens unterbreitet, der diese Abrüstung innerhalb von vier Jahren vorsah.

Die Sowjetdelegation ist jedoch nicht in der alleinigen Absicht hierher gekommen, ihren Vorschlag einer allgemeinen völligen Abrüstung zu wiederholen, oder die Konferenz vor die Alternative zu stellen: Völlige Abrüstung oder nichts. Unsere Delegation wird bereit sein, zusammen mit Ihnen jeden Vorschlag zu erörtern, der auf eine Herabsetzung der Rüstungen ausgeht.

Litwinoff erinnerte daran, daß die Sowjetdelegation als erste das

völlige Verbot der aggressiven Rüstungskategorien

angeregt habe. Diese Vorschläge blieben auch für die jetzige Konferenz in Kraft. Sie umfaßten insbesondere

1. Panzerwagen und schwere weittragende Artillerie,
2. Schiffe mit über 10 000 Tonnen Wasserverdrängung,
3. Schiffsartillerie mit einem Kaliber von über 12 Zoll,
4. Flugzeugmutterschiffe,
5. Militärluftschiffe,
6. schwere Bombenflugzeuge, alle lagernden Fliegerbomben und alle durch Luftfahrzeuge zu befördernden Zerstörungsmittel,
7. alle Apparate und Vorrichtungen zum Angriff mit chemischen, bakteriologischen oder Brandwerkzeugen.

Die Sowjetdelegation habe ferner vorgeschlagen, Luftbombardements absolut auf das Dringendste befürworten, wobei sie und nicht nur außerhalb einer bestimmten Zone zu verbieten. Die Sowjetdelegation habe ferner vorgeschlagen, nicht nur die Anwendung der chemischen Kriegsmittel, sondern auch ihre Herstellung in Friedenszeiten zu verbieten. Die Sowjetdelegation werde die progressive und proportionale Methode als die objektivste und geräteste Methode der Rüstungseinschränkung

Erleichterung und Ausnahmen bei den durch einen Angriff am meisten bedrohten Ländern zulassen

werde. Sie werde bereitwillig jeden Vorschlag unterstützen, der ihren eigenen Vorschlägen nahe komme und darüber hinausgehe. Sie werde die Gleichberechtigung aller Konferenzteilnehmer und gleiche Sicherheit für alle Länder verlangen.

Am Schluß seiner Rede machte Litwinoff unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit bemerkenswerte

### Stillegung zwecks Erpressung

## Die Rache der Unternehmer

TU. Kattowitz, 10. Februar.

Der Demobilisierungskommissar beschäftigte sich erneut mit einer Reihe von Entlassungsanträgen der Eisenhütten. Die Falva-Hütte erhielt die Genehmigung zur Entlassung von 160 Arbeitern. 750 Arbeiter werden für zwei Monate beurlaubt. Auf die gleiche Weise wurde der Antrag der Bismarck-Hütte auf Entlassung von 1340 Arbeitern erledigt. Hier dürfen 340 Arbeiter entlassen werden, während 1000 Arbeiter für zwei Monate zu beurlauben sind. Weitere Entlassungsanträge liegen dem Demobilisierungskommissar von der Königs-Hütte vor. Die Entscheidung über das Schicksal der Falva-Hütte, der bekanntlich völlige Stillegung droht, ist immer noch nicht endgültig gefallen.

Die Rybnicker Steinkohlengesellschaft forderte vom Demobilisierungskommissar die Zustimmung zur Stillegung der Charlotte-Grube, in der 2000 Arbeiter und 1000 Beamte beschäftigt werden. Desgleichen soll die Blücher-Grube mit 1700 Arbeitern stillgelegt werden. Die Stillegung dieser Grube war schon vor einigen Monaten beabsichtigt, konnte jedoch durch eine sechsprozentige Lohnherabsetzung damals vermieden werden.

Schon die Häufung der Kündigungen und Entlassungen läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich hier um ein organisiertes Vorgehen seitens der Unternehmer handelt, dessen Sinn ist, an den Arbeitern Rache zu nehmen. Diese

hatten nämlich bei dem jüngsten Lohnkonflikt insofern einen gewissen Erfolg zu verzeichnen, als die von dem Unternehmertum geforderte Lohnsenkung seitens der Schlichtungskommission abgelehnt wurde. Nun soll diese unter Druck gesetzt und der Lohnabbau erzwungen werden. Greifen aber einmal die Arbeiter zu dem Mittel des Zwanges, dann werden sie sofort als Bolschewisten angeklagt.

Immerhin enthält auch dieser Vorfall eine große Lehre für die Arbeiterschaft; er zeigt, daß sie zur Wahrnehmung ihrer nacktesten Interessen über den Rahmen der kapitalistischen Eigentumsordnung hinausstoßen und für den Sozialismus kämpfen muß, und zwar nicht erst in einer fernen Zukunft, sondern in der unmittelbaren Gegenwart.

### Wieder „nationale“ Felle fortgeschwommen

Französisch-englische Reparations-Verständigung

Paris, 11. Februar.

Am Donnerstag hat zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem britischen Botschafter, Lord Tyrrell, eine einstündige Unterredung über die Reparationsfrage stattgefunden.

Am Quai d'Orsay wird dazu erklärt, daß die französisch-englischen Verhandlungen ihrem Abschluß entgegengehen und daß eine grundsätzliche Verständigung unmittelbar bevorstehe. Innerhalb der nächsten 24 Stunden werde die Öffentlichkeit über das Ergebnis unterrichtet werden.

## Ausführungen über die politische Lage seines Landes.

Rußland, so erklärte er, befindet sich in einer bedrohlicheren Lage als jedes andere Land. Erst vor 14 Jahren war es der Gegenstand bewaffneter Angriffe an allen Grenzen und hatte unter politischem und wirtschaftlichem Boykott und unter der Blockade zu leiden. Seit 14 Jahren ist es unerhörten Verleumdungen und Lügenfeldzügen ausgesetzt. Bis heute verhehlen eine große Anzahl von Staaten, darunter eine der ersten Seemächte, ihre Feindseligkeit gegenüber Rußland nicht, indem sie es ablehnen, friedliche und normale Beziehungen zu unterhalten. Auch lehnen es mehrere der Länder, die mit ihm normale Beziehungen hergestellt haben, ab, die vorgeschlagenen Nichtangriffspakte abzuschließen oder zu ratifizieren. Die gegenwärtigen Ereignisse in Ostasien rufen ganz natürlich in der Sowjetunion, die dem Schauplatz der Ereignisse am nächsten liegt, eine besondere Unruhe hervor. Trotz alledem, sagte Litwinoff, bin ich ermächtigt, hier zu erklären, daß das Land, was ich vertrete, bereit ist, in dem gleichen Maße und mit der gleichen Schnelligkeit abzurufen, wie dies die anderen Mächte tun werden, insbesondere diejenigen, die gemeinsame Grenzen mit der Union haben. Die Sowjetdelegation wird eine Entschliebung in dem Sinne vorlegen, daß das Ziel der Konferenz, die wirkliche Organisation des Friedens durch Schaffung der Sicherheit gegen den Krieg, nicht anders als durch eine allgemeine völlige Abrüstung gelöst werden kann. Die Sowjetdelegation ist der festen Überzeugung, daß die Verwirklichung einer allgemeinen Abrüstung kein objektives Hindernis bilden kann, wenn die hier vertretenen Regierungen guten Willen zeigen. Das einzige Ziel der Sowjetregierung ist der Aufbau des Sozialismus auf dem Gebiet der Sowjetunion.

Vor Litwinoff hatte das Wort der

## belgische Außenminister Hymans

Er sprach seine

volle Zustimmung zu den französischen Vorschlägen

aus und hob besonders das Verbot der schweren Angriffswaffen, des chemischen Krieges und den Schutz der Zivilbevölkerung sowie die Schaffung einer internationalen Rüstungskontrolle hervor. Hymans entwickelte ausführlich den Gedanken, daß die Sicherheitsfrage mit der Abrüstung eng verbunden sei, um zu dem Ergebnis zu gelangen, daß für die besonders exponierten Länder wie Belgien noch keine ausreichende Sicherheit besteht. Die gewiß beachtlichen Leistungen der letzten zehn Jahre müßten durch weitere Fortschritte ergänzt werden. Der erste sei die Anpassung der Völkerbundssatzung an den Kellogg-Pakt. Diese Anpassung erfordere aber, daß der Völkerbund nicht nur über moralische Sanktionen verfüge, sondern sich auf den Gedanken der effektiven Zusammenarbeit aller Staaten gegen den vertragsbrüchigen Staat stütze.

Hymans schloß seine Rede mit einem Ausblick auf die wichtigen politischen Probleme, die im Laufe dieses Jahres erörtert werden müßten. Ein eigenartiger Widerspruch wolle es, daß man gerade in dem Augenblick, wo man die Notwendigkeit der Organisation des politischen Friedens verkünde, den Wirtschaftskrieg organisieren. Dazu komme ein Zustand der Nervosität, der durch aufreizende Worte, die in der Öffentlichkeit starken Widerhall fanden, verschärft werde.

Nach Litwinoff sprach der

## schwedische Außenminister Ramel,

der zunächst im Hinblick auf den Konflikt in Ostasien energische Schritte des Völkerbundes insbesondere der unmittelbare Beteiligung der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens forderte. Was die Sicherheit im allgemeinen betreffe, so fehle es nicht an Verträgen, wohl aber an der Entschlossenheit, sie in der Praxis entschieden durchzuführen. Schweden sei im Sinne der französischen Vorschläge für die Ausstattung des Völkerbundes mit materieller Macht zur Durchführung seiner Beschlüsse. Voraussetzung sei aber ein besonderer Ausgleich zu den Rüstungen der einzelnen Staaten und eine politische Annäherung der Hauptmächte, insbesondere eine Lösung der Reparations- und Schuldenfrage, von der auch die nicht unmittelbar beteiligten Staaten immer berührt würden. Die Verstärkung der Sicherheit sei ohne gleichzeitige Durchführung von Abrüstungsmaßnahmen nicht möglich. Die zu vereinbarenden maximalen Rüstungsziffern müßten so niedrig wie möglich festgesetzt werden.

Das Kreditabkommen 1932 über die Verlängerung der Deutschland von ausländischen Banken gewährten kurzfristigen Kredite ist am Mittwoch im Hause der Niederländischen Bank zu Amsterdam von der Mehrzahl der in Frage kommenden Bankinstitute unterzeichnet worden.

Keine Freihäfen in England. Handelsminister Runciman erklärte am Mittwoch im Unterhaus, daß das System der Freihäfen in England aus geographischen Gründen nicht durchführbar sei. Es werde jedoch dafür gesorgt werden, daß der Durchgangsverkehr ohne jede Verzögerung in Fluß bleibe, da der Wiederausfuhrhandel für England sehr wichtig sei.

## Der neue reformistische Verrat

# SPD. geht zu Hindenburg

## SPD-Führer gründen Hindenburg-Ausschuß

Freital, 11. Februar.

Auch Freital in Sachsen muß seinen Hindenburgausschuß haben, und wer könnte sich besser dazu eignen, ihn ins Leben zu rufen, als ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister? Ganz wie im Jahre des Heils 1914 erscheint ein „Aufruf“. Vorläufig zwar nur im Inseratenteil der Freitaler „Volkszeitung“, aber von hier bis zum Hauptblatt ist ja kein allzu langer Weg.

„Wer überhaupt noch national fühlen und denken kann, bekennt sich zu Hindenburg, als dem Symbol der deutschen nationalen Einheit.“

Besser hätte wirklich Wilhelm der Ausreißer sein Volk zum großen Massenmorde

nicht aufrufen können. Unterzeichnet ist der Aufruf von den Sozialdemokraten Klimpel (als Vorsitzenden), „Genosse“ Schulleiter Funk, „Genosse“ Schulleiter Kuntzsch, „Genosse“ Stadtverordnetenvorsteher Gewerbeoberlehrer Wetzig und „Genosse“ Stadtrat Dr. Wolf. Mitunterzeichnet ist der Aufruf außerdem noch von mehreren Bergwerksdirektoren, Fabrikbesitzern und dem Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband. Weiterer Kommentar überflüssig!

Oberbürgermeister Klimpel ist mit 22 SPD-gegen 4 KPD-Stimmen nach demonstrativem Abgang der 19 Bürgerlichen zum neuen „Ober“ der Stadt Brandenburg a. d. Havel gewählt worden.

# Reichsbanner-Phantasien

## Hölttermann, die preußische Polizei und Herr Groener

bj. Berlin, 11. Februar.

Die Reichsbannerleitung regt sich darüber auf, daß Groener ihre Bestrebungen, die „Schufo“ genannten Schutz-Formationen des Reichsbanners gemeinsam mit der Schutzpolizei auftreten zu lassen, in einem Atem mit den Ideen nennt, die sich aus dem Boxheimer Blutdokument des Dr. Best ergeben. Groener sagte wörtlich:

„Deshalb werde ich auch die Vorbereitung einer Hilfspolizei, wie sie seinerzeit in den Köpfen gewisser Reichsbannerkreise spukte... niemals dulden.“

Die schlechte Meinung Groeners über das Reichsbanner dürfte wohl eine Folge des Besuches sein, den Hölttermann kürzlich dem Reichswehrminister abgestattet hat.

Mit der Wendung von den „Köpfen gewisser Reichsbannerkreise“ aber will Groener fraglos den Technischen Bundesführer des Reichsbanners selbst treffen. Der Verfasser dieser Zeilen entsinnt sich noch mit Grausen an eine Begegnung mit dem jetzigen Führer des Reichsbanners, die im Frühjahr des Jahres 1926 stattfand. Von der Leitung einer Berliner Organisation nach Magdeburg entsandt, um mit der Reichsbannerführung einen Austausch von Nachrichten über damals interessante Bewegungen auf der deutschen Rechten zu vereinbaren, wurde ihm von Hölttermann an Hand eines umfangreichen Kartenmaterials die Sammlung und der Aufmarsch der Reichs-

bannerkräfte zur Aktion gegen einen Rechtsputsch bis ins letzte Detail erläutert. Eine erhebliche Rolle spielte bei diesem Feldzugsplan die Elblinie, die von Hamburg bis Magdeburg mit Reichsbannerkräften gespickt, die Basis für einen Vormarsch gegen das von Rechtsputschisten besetzte und danach von Reichsbannerkräften geräumte Berlin, abgeben sollte. Die preußische Polizei hat damals, vermutlich ohne ihr Vorwissen, eine beträchtliche Rolle in diesem Feldzugsplan für den Bürgerkrieg gespielt, der auch sonst von den unwahrscheinlichsten Annahmen und Voraussetzungen strotzte. Was dieser unklare, in pseudomilitärischen Wahnvorstellungen schwelgende Reichsbannerführer in der Unterhaltung, die Herr Groener ihm gewährte, alles ausgeplaudert und angeboten haben mag, das läßt sich unschwer vorstellen.

Die harte Abfertigung solcher Phantasten, wie Hölttermann einer ist, durch den Wehrminister, mußte jeder politisch Denkende voraussehen. Hölttermann hat sie nicht vorausgesehen, und er und die Führung der SPD werden weiter den Traum träumen vom Volksstaat und seiner Polizei, mit der zusammen sie gegen den Faschismus marschieren werden — die weil ihre Politik weiter das einzige Heer zermürbt, das gegen Ausbeutung und Unterdrückung wirklich kämpfen kann: das proletarische Klassenheer. Wir aber werden weiter dieses Heer sammeln und zum Kampf führen.

# Der Krieg tobt weiter

Schanghai, 11. Februar.

Japanische Infanterie rückt aus zwei Richtungen gegen die Wusung-Forts vor. Bombenflugzeuge haben das Flüchtlingslager des Uberschwemmungshilfsausschusses bombardiert. 40 Flüchtlinge sind getötet worden. Der Inspektor des Ausschusses hat beim japanischen Generalkonsul Protest eingelegt. Militärisch brachte jedoch der Mittwoch keinerlei Veränderung der Lage, weder an den Wusung-Forts noch in Schanghai selbst. Es herrscht jedoch allgemein die Ansicht, daß dies nur eine Ruhe vor dem Sturm ist und

daß sich innerhalb der nächsten 24 Stunden große Kämpfe abspielen werden.

Es wird angenommen, daß der Jahrestag des Geburtstages des ersten japanischen Kaisers und Gründers des japanischen Kaiserreiches am heutigen Donnerstag für die Japaner das Zeichen zu der größten bisher unternommenen Offensive sein wird. Die auf Passagierdampfern aus Japan in

Schanghai eintreffenden Reisenden berichten, daß sie unterwegs zwölf japanische Truppen-transportdampfer gesehen haben. Andererseits wird mitgeteilt, daß zwei japanische Divisionen unterwegs sind. Die gesamte Truppenstärke der Japaner in Schanghai beträgt 30 000 Mann, die Zahl der in der Nähe der Wusung-Forts aufgestellten Truppen beläuft sich bereits auf 10 000 Mann.

★

## „Aber es ist kein Krieg!“

Textilarbeiterinnen durch Bomben gemordet

TU. Schanghai, 11. Februar.

Am Donnerstag warfen zwei japanische Flugzeuge in das Gebiet der internationalen Niederlassung in Schanghai eine Bombe, durch die 5 Chinesinnen getötet und 16 verletzt wurden. In der Baumwollspinnerei lagen amerikanische Marinesoldaten, die jedoch ohne Ausnahme unverletzt blieben.

## Faschingsulk?

Der kommunistenschreck in Uruguay

Montevideo, 8. Februar

Der Präsident von Uruguay hatte am Sonntag eine Sitzung der Parteiführer einberufen, in der er mitteilte, daß am Montag, dem Tage des Karnevals, ein kommunistischer Putsch zu erwarten sei. Er fordere eine einheitliche Front gegen die Kommunisten. In den letzten Tagen ist eine große Anzahl von Kommunisten verhaftet und verbannt worden.

★

Buenos Aires, 11. Februar.

Wie aus Montevideo gemeldet wird, hat die Regierung von Uruguay als weitere Vorsichtsmaßnahme gegen die Kommunisten die Beschlagnahme sämtlicher Zivilflugzeuge verfügt. Die Motoren werden abmontiert, um die Flugzeuge vorübergehend gebrauchsunfähig zu machen. Revolutionäre Umtriebe auch bei den Nationalisten haben zur Verhaftung einiger nationalistischer Führer Anlaß gegeben.

## Der Kampf

um die Verhältniswahl

Französische Kammer verwirft sozialistische Anträge

Paris, 10. Februar.

Die Kammer hat in einer Nachtsitzung, die um 2 Uhr früh zu Ende ging, die Beratung über die Wahlreform fortgesetzt. Die allgemeine Aussprache über die verschiedenen Gegenvorschläge wurde mit 309 gegen 242 Stimmen beschlossen. Hierauf wurde ein sozialistischer Gegenantrag Bracke betreffend die Einführung der integralen Verhältniswahl mit 404 gegen 150 Stimmen abgelehnt, desgleichen ein entsprechender kommunistischer Antrag; verworfen wurde ebenso ein Gegenvorschlag des sozialistischen Abgeordneten Antonelli, der ebenfalls die Verhältniswahl vorsah, und zwar mit 294 gegen 135 Stimmen.

Diktators Ende. Der frühere Präsident von Peru, Augusto Leguia, ist am Sonnabend im Gefängnis in Lima verstorben.

## Wozu auch?

Keine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

TU. Berlin, 11. Februar.

Der stellvertretende Vorsitzende des Reichsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Scheidemann (Soz.) hat auf Grund des vor längerer Zeit von den Kommunisten gestellten Antrages auf sofortige Einberufung des Ausschusses zwecks Stellungnahme zu den Vorgängen im Fernen Osten die Fraktionen über die Haltung zu dem Antrag befragt. Nach den jetzt vollzählig vorliegenden Antworten haben außer den Antragstellern nur die Sozialdemokraten den sofortigen Zusammentritt des Ausschusses gewünscht. Der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, Dr. Frick, hat schriftlich dagegen Einspruch eingelegt, daß der stellvertretende Vorsitzende zur Frage der Einberufung Schritte unternehme, die nur ihm als dem Vorsitzenden des Ausschusses zukämen. Außerdem haben zwei Fraktionen der Mitte sich nur unter der Bedingung mit dem sofortigen Zusammentritt des Ausschusses einverstanden erklärt, daß dann auch das auswärtige Amt tatsächlich in der Lage ist, genaue Mitteilungen zu machen. Da dies mit Rücksicht auf die Abwesenheit von Staatssekretär Bülow nicht möglich ist, ist eine Mehrheit für den sofortigen Zusammentritt nicht zustande gekommen.

## Eine merkwürdige

Streikgemeinschaft

Hamburg, 11. Februar.

Am Mittwoch haben sich auch die Kommunisten für den Bierstreik ausgesprochen, den sie am Vorabend noch ablehnten. Da die Aktion in der Hauptsache von den Nationalsozialisten ausgeht, stehen jetzt die nationalsozialistischen und die kommunistischen Gastwirte in einer Front. Der Ausschank-Streik begann Donnerstag früh 4 Uhr. Von den Kommunisten wurde versichert, daß ihre Parteimitglieder in den Streiktagen keinen Tropfen Bier zu sich nehmen wollten, entsprechend dem Beschluß der Nationalsozialisten.

Von den Brauereien sind Verhandlungen mit der Streikleitung eingeleitet worden, die aber noch zu keinem Ergebnis führten. Der Streik richtet sich gegen die Senkung der Bierpreise, die von Goerdeler nach berühmten Mustern nicht den Produzenten, sondern den Wirten auferlegt worden ist.

## Anschlag auf Dr. Schäfer?

Zwickau, 11. Februar.

Dr. Schäfer, der aus den Enthüllungen der Boxheimer Dokumente bekannt geworden ist, wurde am 9. Februar durch einen Unbekannten auf dem Rathenaplatz in Zwickau durch einen Pistolenschuß verletzt. Die Kugel traf Dr. Schäfer am rechten Oberarm. Der Verletzte wurde ins Kreiskrankenstift überführt.

Die Verwundung ist jedoch ungefährlich. Ueber die Person des Schützen ist nichts bekannt.

## 22,3 gegen 67,6 Milliarden

Der Streit um die Reparationszahlungen

Der französische Finanzminister Flandin hat gegen die deutsche Berechnung der Reparationszahlungen, die auf die Summe von 67,6 Milliarden Goldmark herauskam, ein Communiqué erlassen, um zu beweisen, daß Deutschlands Zahlungen bei weitem nicht die Wiederaufbaukosten im zerstörten Gebiet decken. Die Gesamt-reparationszahlung beziffert Flandin, wie in der Ueberschrift bemerkt, auf 22,3 Goldmilliarden, wovon Frankreich einen Anteil von etwas über 8 Milliarden erhalten habe.

Es wäre müßig, sich auf diesen Zahlenstreit einzulassen. Richtig wäre es, den Vorschlag Léon Blums anzunehmen, der selbst überzeugt davon, daß Deutschlands Leistung nicht die Wiederaufbaukosten deckt, beantragt, den Streit vor dem Internationalen Schiedsgericht im Haag entscheiden zu lassen.

## Verzweifelter Kampf um Freiheit

Neue Erhebung in Nicaragua

New York, 10. Februar.

Wie aus Nicaragua gemeldet wird, ist es dort zu einer neuen Aufstandsbewegung unter Führung des bekannten Generals Sandino gekommen. In der Nähe von Jinotega kam es zu mehreren Gefechten zwischen der nikaraguanischen Nationalgarde und größeren Abteilungen der Aufständischen unter dem persönlichen Kommando Sandinos. Die Verluste der Aufständischen sollen 50 Tote betragen. Die Nationalgarde hat mit der Einkreisung der Aufständischen begonnen.

Konservativer Wahlsieg. Wegen Erhebung des konservativen Abgeordneten Ashley in den Pairsstand mußte in New Forest (Hampshire) eine Nachwahl stattfinden. Mit einer Mehrheit von 18 192 Stimmen wurde der konservative Mills gewählt, dem als einziger Gegner ein Kandidat der Unabhängigen Arbeiterpartei gegenüberstand.

Kapitalflucht nach Frankreich. Mit dem Passagierdampfer American Shipper sind gestern in Cherbourg für die Bank von Frankreich 200 Barren Gold im Werte von 11 Millionen Dollar eingetroffen.

# Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

**Fortsetzung**

Am nächsten Tage, dem 24. Dezember, erschien die Kommission überraschenderweise noch einmal. Direktor Gebauer übernahm die Führung. Wie am Vortage wurden gewaltige Vorräte halbfertiger Infanteriewaffen, von Gewehren sowohl als auch von Maschinengewehren, aufgefunden. Bullerjahn wurde wiederum nicht herbeigerufen. Nach beendeter Durchsichtung kamen die Lagerverwalter Fischer und Kliem zu Bullerjahn. Das Gespräch drehte sich um die allgemeine Vermutung,

daß Verrat im Spiele sein müsse.

Der Lagerverwalter Kliem verdächtigte den Sicherheitsdienst, mit dessen Mitgliedern er auf gespanntem Fuß lebte. Bullerjahn verwies ihm den Unsinn; mit so unbeachteten ausgesprochenen Worten richte man nur Unheil an.

Immerhin erfüllten ihn alle diese Vorkommnisse mit beträchtlicher Unruhe. Er war sich der mißgünstigen und gehässigen Stimmung bewußt, die im Werk fast allgemein ihm gegenüber herrschte und die Ereignisse der Vorfesttage mochten seine allgemeinen Besorgnisse nicht gerade zerstreuen. Er fand, seine Stellung sei bedroht.

Diese Unruhe trieb ihn auch am Vormittag des ersten Weihnachtsfeiertages aus dem Hause. Er selbst sagt, daß es ihn dort, inmitten der Vorbereitungen der Frauen, nicht litt. Er ging spazieren. Seine Gedanken aber waren bei den Erlebnissen der letzten Wochen und Tage, in sie verloren schlenderte er die Straßen entlang, und in einem Augenblick des Nachdenkens kam ihm — er hatte gerade den Bahnhof Zoologischer Garten erreicht — der Gedanke, seinen früheren Geschäftskollegen Claus Härms aufzusuchen, der seiner Erinnerung nach am Kaiserdamm 9 im elterlichen Hause wohnte. Härms würde ihm, so glaubte er, beim Suchen einer neuen Stellung behilflich sein. Er fuhr also mit der Untergrundbahn bis zur Haltestelle Sophie-Charlotte-Platz, nachdem er sich vorher an dem Stadtplan im Untergrundbahnhof über die Lage des Hauses orientiert hatte. Aus dem Untergrundbahnschacht kommend, überquerte er den Fahrdamm des Platzes in Richtung Kaiserdamm-Heerstraße. In der Nähe des fiskalischen Gebäudes (Polizeipräsidium) auf der rechten Seite drehte er sich um und sah durch die Umgitterung des Untergrundbahneingangs seinen früheren Kameraden Langner und dessen Braut. Auf seinen Pfiff drehte sich die Frau um, das Paar wendete und Bullerjahn ging nun gleichfalls auf die beiden zu...

Man kam ins Gespräch, Bullerjahn, befragt, wo er denn herkomme, erwiderte, er habe eigentlich am Kaiserdamm einen früheren Geschäftskollegen aufsuchen wollen, gedenke aber nun doch, diesem die Feiertagsruhe nicht zu stören. Wo sie denn aber herkämen? Nun, sie wohnten doch hier, Horstweg, Ecke Königsweg, und sie wiesen in die Richtung auf den Horstweg. Sie redeten beide Bullerjahn gut zu, er möge sie ein Stück Wegs begleiten. Schwatzend und überredet ging er mit ihnen zu einem gemeinsamen Kameraden, namens Tornow in der Krumme Straße, wo sie sich einige Zeit aufhielten. Später brachten ihn Langner und dessen Braut nach dem Untergrundbahnhof Bismarckstraße, von wo er nach Hause fuhr. Am Nollendorplatz besuchte er noch für einen Augenblick das „Krokodil“, ein Bierlokal, um sich von dort Zigaretten mitzunehmen. Er sah jemand die Telephonzelle betreten und bekam den Gedanken, sich mit Härms telephonisch über ein Rendezvous zu verständigen. Beim Nachschlagen im Telefonbuch bemerkte er, daß er sich früher in seiner Erinnerung an die von ihm gemutmaßte Wohnung des Härms getäuscht hatte. Härms wohnte nicht am Kaiserdamm in Charlottenburg, sondern am Kaiserplatz 9 in Wilmsdorf. Da der Mann in der Telephonzelle ein längeres Gespräch führte, verzichtete Bullerjahn auf das Telephongespräch für den Moment und verschob den Anruf auf später. Zu Hause fand er Besuch vor, so daß der Vorsitz zunächst in Vergessenheit geriet.

Nach den Weihnachtstagen ging die Arbeit in Wittenau weiter. Am 31. Dezember fragte der Direktor Hellwig den Bullerjahn, ob denn irgendwelche buchmäßigen Unterlagen für Kriegsmaterial vorhanden seien. Bullerjahn antwortete, in den Händen des Lagerverwalters Kliem seien Bestandskarten, sie seien aber unbrauchbar.

Am 3. Januar machte er den Prokuristen darauf aufmerksam, daß die in seiner Verwaltung stehenden Schiffsdrucklager für U-Boote noch immer gefährdet seien; sie müßten zweckdienlicher Weise umgelagert werden. Der Prokurist stimmte bei, entschied aber dahin, daß Bullerjahn diesen Vorschlag schriftlich der Direktion machen solle, da wegen der Frage, von welcher Abteilung die Zahlung der Löhne übernommen werden müsse, ein Konferenzbeschluß der Direktion erforderlich sei. Der schriftliche Antrag Bullerjahns wurde abgelehnt, mit Rücksicht

auf die Kosten. Die Schiffsdrucklager blieben, wo sie waren

Am 5. Januar setzten die Besuche der Kontrollkommission wieder ein.

## Die Kontrollen im Januar

Am 5. Januar erschien die Kontrollkommission wieder im Werk. Während sie sich im Lager Fischers befand, hatte Bullerjahn auf dem Hof der Waffenfabrik eine Unterhaltung mit dem Leiter des Werks-

sicherheitsdienstes Pagenstecher. Man sprach über das Thema des Tages, die Kontrolle, und Pagenstecher nannte hierbei den Namen des französischen Offiziers, von dem er sagte, daß er der eigentliche Führer der Kommission sei. Es sei der Leutnant Jost. Bullerjahn berichtete seinerseits über ein Gespräch, das er beim Barbier, gegenüber den Gebäuden der Firma mitangehört habe: Die Anwohner hätten sich über die nächtlich stattfindenden Umräumungsarbeiten beschwert; man könne nachts überhaupt nicht mehr schlafen. So groß sei der Lärm. Während sie noch sprachen, näherte sich einer der Chauffeure der Kommission dem Schmiedeteillager. Pagenstecher wies ihn fort und bemerkte zu

Bullerjahn: „Die Kerls wollen bloß schnüffeln.“

Im Lauf des Tages wurde Bullerjahn zugetragen, der Direktor Gebauer habe ihn des Verrats verdächtigt.

Darüber empört, vermied er nun erst recht, irgendeinen Raum der Waffenfabrik zu betreten, wo die Frotzoffiziere sich aufhielten. Eine rechte Handhabe zum Einschreiten gegen Gebauer und sein haltloses Gerede aber glaubte er nach den üblen Erfahrungen, die er bisher mit solchen Versuchen gemacht hatte, nicht zu haben.

Wiederum wurden zahllose Waffen von der Kommission entdeckt.

## Milieubilder der deutschen Bourgeoisie:

# „So lebten wir...“

## Das Prasserdasein der Sklareks — Wo SPD.-Prominente verkehrten

Berlin, 11. Februar.

Zu Beginn der Donnerstag-Sitzung überreichte der Vorsitzende im Sklarek-Prozeß den Prozeßbeteiligten eine Liste von 51 Zeugen, die zum Stadtbankkomplex vom nächsten Montag ab vernommen werden sollen. Man beschäftigte sich dann mit der Frage des

übermäßigen Aufwandes.

den die Sklareks nach Ansicht der Anklage getrieben und dadurch Vermögenswerte verschleudert haben. Der Vorsitzende erwähnte, daß Leo Sklarek im Jahre 1921 ein Grundstück in der Ulmenallee in Westend für 19 000 Mark gekauft hat, während Willy Sklarek

als Miete für die Villa Ahornallee 34 jährlich 20 000 Mark bezahlte.

Willy Sklarek hat für den Umbau des Hauses und die Einrichtung in den Jahren 1925—29 etwa 150 000 Mark ausgegeben, und auch Leo Sklarek brauchte fast die gleiche Summe für dieselben Zwecke. Für den Blumenschmuck des Gartens hat Willy Sklarek von 1928—29 4000 Mark ausgegeben, Leo Sklarek brauchte für die Einrichtung seines Gartens ebenfalls mehrere tausend Mark. Oberstaatsanwalt Freiherr v. Steinäcker ließ durch eine Zwischenbemerkung durchblicken, daß die Einrichtung sehr luxuriös gewesen sei, denn

allein die Marmoreinrichtung des Badezimmers habe 5000 Mark gekostet.

Wie der Vorsitzende den Angeklagten Sklarek weiter vorhielt, bewegten sich ihre Ausgaben für Kleidung und Pelze im gleichen Rahmen, beispielsweise schloß eine Rechnung für Leo Sklarek mit 4800 Mark ab, während die Pelze Leo Sklareks bei Herpich mit 8500 Mark versichert waren und Leo und Willy Sklarek noch im Mai 1929 jeder für mehrere tausend Mark Pelze gekauft haben. Beide erklärten heute, daß sie diese Pelze nicht für den eigenen Bedarf, sondern auf den Namen der Firma

für prominente Persönlichkeiten der Stadt besorgt hätten.

Sie selbst hätten sehr einfach gelebt. Vors.: „Der notwendigste Lebensbedarf ist es ja nun gerade nicht, der sich bei Ihnen ergibt.“ (Heiterkeit.)

Zur Bekräftigung dieser Feststellung wies Amtsgerichtsrat Keßner darauf hin, daß beispielsweise für ein Paar Maßstiefel 125 Mark bezahlt wurden. Als Leo Sklarek dies nicht wahr haben wollte und meinte, daß es sich um zwei Paar Stiefel gehandelt hätte, erklärte der Vorsitzende: „Auch dann haben Sie noch auf sehr großem Fuße gelebt.“

Der Staatsanwalt hielt Willy Sklarek dann verschiedene andere Ausgaben vor, da hörte man von 12 Hemden nach Maß für 544 Mark, von zwei seidernen Garnituren für 190 Mark, drei seidernen Beinkleidern für 150 Mark und seidernen Socken, die 4,50—16 Mark das Paar kosteten. Der Vorsitzende ging dann zu den Genussmitteln über und erwähnte aus der Anklage, daß Leo Sklarek vom März bis September 1920

für Delikatessen über 5000 Mark ausgegeben habe.

Max Sklarek kaufte in zwei Jahren für über 30 000 Mark Weine, wobei beispielsweise eine Flasche Kognak 80 Mark kostete. Leo Sklarek: „Die Weine hat Max Sklarek immer von seinem Freund, dem Staatsanwaltschaftsrat Wassmünd, gekauft. Der hatte eine Weinvertretung.“ (Bewegung.)

R.-A. Bahn: „Es ist doch ganz unmöglich, daß ein Staatsanwalt eine Weinvertretung hat.“ — Vors.: „An sich ist das natürlich unmöglich.“ — Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinäcker: „Das interessiert hier doch keinen Menschen. Weshalb werfen Sie denn hier diese Frage auf?“ — R.-A. Bahn: „Ich halte es für die Glaubwürdigkeit von Leo Sklarek für sehr wichtig.“ — Leo Sklarek: „Wenn ich Ihnen das sage, können Sie sich darauf verlassen.“

Der Vorsitzende schloß die Erörterung über den Weinbedarf mit der Feststellung ab, daß die drei Brüder Sklarek

in zwei Jahren für 75 000 Mark Weine verbraucht hätten.

Der Mitangeklagte Buchhalter Lehmann konnte die Frage des Vorsitzenden, wer etwa derartige Weinsendungen erhalten habe, nicht beantworten. Er erklärte, daß beispielsweise bei der Einsegnung für 3000 Mark Weine getrunken sei.

Vors.: „Wir kommen jetzt zum Kaviar.“

Vom 1.—7. September 1929 hat Leo Sklarek 4½ Pfund à 70 Mark verbraucht.“

Leo Sklarek: „Das ist eher zu wenig, wenn Sie die Gesellschaft gesehen hätten. Meiner Ansicht wurde das Drei- bis Vierfache gegessen.“

Stadtbankdirektor Hoffmann, der bei dieser Gesellschaft anwesend war, erklärte jedoch, daß nicht in übermäßiger Weise dabei Kaviar vertilgt worden sei. Man erfähr dann noch, daß

Zigaretten für 1—3,50 Mark das Stück geraucht wurden,

wobei Leo Sklarek meinte, er hätte fast nur Zigaretten geraucht, seine Freunde hätten allerdings einmal bei Horcher sogar Zigaretten für 10 Mark das Stück geraucht.

Vors.: „Gewisse Nebenausgaben hat Leo Sklarek auch gehabt. Dafür wurden etwa 200 Mark im Monat benötigt.“

Staatsanwalt: „Die Wohnungsmiete kostete allein in diesem Fall 200 M.“ (Heiterkeit.)

Leo Sklarek wurde dann noch weiter vorgehalten, daß er in den Jahren 1924—26 Schmucksachen für 60 000 Mark gekauft habe, und Willy Sklarek wurden die Reiseausgaben vorgehalten, wobei er z. B. in St. Moritz

270 Frcs. pro Tag Pension bezahlte.

Auch die Kosten für die Jagd in Waren wurden erörtert. Dort kostete das Jagdhaus 44 000 Mark, und der doppelte Betrag wurde für den Ausbau benutzt. Das Gestüt in Leutsteden hat den Sklareks, wie der Vorsitzende ausrechnete, einen Verlust von über 600 000 Mark gebracht.

## Massenmord in Frankreich

Sechs Personen getötet

Paris, 11. Februar.

In der Ortschaft Moirax bei Agen wurde gestern eine Bauernfamilie, die aus vier Erwachsenen von über 50 Jahren und zwei Kindern von 8 Jahren bzw. 4 Monaten bestand, im Schlafzimmer ermordet aufgefunden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

## Das Gegenstück zum Suez-Kanal

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll das seit langem geplante Projekt eines Kanals, der Marseille mit dem Atlantischen Ozean verbindet, nunmehr einsthaft aufgeföhrt und zur Durchführung gebracht werden. Der Kanal wird von der Gironde-Mündung ausgehen, anfänglich dem Lauf der Garonne folgen, voraussichtlich Toulouse beröhren und bei Garbonne ins Mittelmeer münden. Seine obere Breite soll durchweg mindestens 150 Meter betragen.

## Großfeuer in Quebec

Quebec, 11. Februar.

Mehrere Geschäftshäuser wurden gestern nachmittag durch Großfeuer zerstört, dem u. a. mehr als hundert Automobile zum Opfer fielen. Der Schaden wird auf eine Viertelmillion Dollars geschätzt.

## Minister dürfen Geschäfte machen

Keine Anklageerhebung gegen Mellon

Washington, 10. Februar. (Reuter.)

Der Gerichtsausschuß des Repräsentantenhauses beschloß heute mit 14 gegen 4 Stimmen, dem von dem Demokraten Batman (Texas) im vorigen Jahre gestellten Antrage auf Anklageerhebung gegen den zum Botschafter in London ernannten bisherigen Schatzamtssekretär Mellon keine Folge zu geben. Der Antrag hatte sich auf das alte Gesetz gestützt, demzufolge ein Schatzamtssekretär keine privaten Geschäfte betreiben darf.

## 27 Grad Kälte

auf dem Glatzer Schneeberg

Breslau, 11. Februar.

Vom Observatorium Breslau-Kriern wird gemeldet, daß die vergangene Nacht in Schlesien eine weitere Frostverschärfung brachte. Als tiefste Temperatur werden aus Breslau-Gandau 20 Grad Kälte gemeldet. In Hirschberg und auf der Heufuder-Baude sanken die Temperaturen auf 25 Grad. Aus Neustadt O.-S. wurden minus 25 und vom Glatzer Schneeberg sogar 27 Grad gemeldet. Auf der Schneekoppe herrscht bei 24 Grad Kälte Oststurm.

★

## Schneestürme in England

London, 11. Februar.

Fast ganz England wird von Schneestürmen heimgesucht. Die Schifffahrt auf dem Kanal ist zum Teil unterbrochen, die Dampfer zwischen Dover und Calais mußten den Dienst einstellen. Die Kälte hat gestern zu genommen. Vielerorts ist der Verkehr auf den Landstraßen durch die Schneemassen gehindert.

## Frühjahrsaat in UdSSR

Außerordentliche Maßnahmen

Moskau, 11. Februar.

Zur Vereinheitlichung der bevorstehenden Ausaatkampagne und zur Sicherung einer strafferen Durchführung der in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, einen besonderen Bevollmächtigten der Sowjetregierung zu ernennen, dem die Durchführung der landwirtschaftlichen Frühjahrsausaat obliegen wird. Die Volkskommissariate sind aufgefordert worden, besondere Sachberater in das neu zu gründende Kommissariat zu entsenden, außerdem soll ein Stab von Mitarbeitern vorgesehen sein, der für die prompteste Durchführung der Anweisungen dieses neuen Kommissars an Ort und Stelle sorgen wird. — Diese Maßnahme zeugt von der außerordentlichen Bedeutung, die die Moskauer Regierung der bevorstehenden Frühjahrsausaat beilegt.

# Feuilleton der SAZ

## Selig sind... / Von Beina Vogel

Werner Höpcke, der Sohn der Nachbarn, sitzt auf dem Balkon. Er hält ein kleines Büchlein in der Hand und murmelt vor sich hin. Er muß wohl wieder etwas auswendig lernen. Manchmal vergißt er seine Aufgabe und träumt dem wehmütig-wohligen Duft des Sommers nach, oder schaut hinunter auf die Straße, wo die Jungen spielen. Dann hört man bald aus dem Zimmer die Stimme seiner Mutter: „Na! Willst du lernen!“ Das Kind schrickt zusammen, von fern irgendwoher kommt sein Blick, müde, hoffnungslos.

Elf, zwölf Jahre mag der Junge alt sein; er ist aber sehr stumpf und unbeholfen. Schwer wird er es haben im Leben. Er gehört zu den Menschen, an denen man vorübergeht mit Abneigung oder Mitleid. Besser wäre für ihn, seine Eltern hätten ihn ungezeugt gelassen.

Nach einer Weile kommt seine Mutter auf den Balkon. Sie ordnet an ihrer Frisur herum, dann setzt sie sich.

„Also, gib den Katechismus schon her! Was hast du auf?“

„Spruch 143 und 153.“

„Also fang an!“

„Selig sind die da geistlich arm sind, denn das Himmelreich ist ihnen.“

„Ist ihr! Du! Nimm dich zusammen!“

„Denn das Himmelreich ist ihr. Selig sind die da Leid tragen, denn sie sollen getröstet werden. Selig sind die Sanftmütigen, denn sie sollen das Erdreich besitzen.“

„Sie werden das Erdreich besitzen! Ich sage es dir noch einmal im Guten: Nimm dich zusammen! Soll das heute wieder so losgehen wie immer?! Noch mal!“

„Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen. Selig sind die hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit, denn sie werden... sie werden...“

„Was werden sie? Na, wird's bald? Oder soll ich erst wieder den Rohrstock holen?“

„Sie werden... sie werden... Gott schauen.“

„Na, warte, du hast ja wieder mal schön gelernt! Dir werd' ich's zeigen, mein Junge, ob du ordentlich deine Aufgaben zu lernen hast oder nicht!“

Sie geht, in der Tür kehrt sie um und nimmt den Katechismus vom Tisch mit sich.

Werner dreht eine kleine Papierkugel zwischen den Fingern. Tiere, die zum Ziehe... gepeitscht werden und zu erschöpft sind, haben den gleichen Blick.

Nun wird wieder, wie fast jeden Tag, diese widerwärtige, empörende Szene sich abspielen, wo ein großes, starkes, ausgewachsenes Menschentier sein Junges auch noch körperlich mißhandelt. Eine Brutalität, die nicht weniger roh, nicht weniger gemein dadurch wird, daß sie gang und gäbe ist, daß sie sich auf ihre staatliche Billigung berufen kann und auf den Bibelvers: „Wen der Herr lieb hat, den züchtigt er“, daß man weiß: auch diese Erzieher sind Opfer. Vielleicht glaubt die Mutter wirklich, daß sie so ihres Kindes Bestes will und tut. Aber sie rächt sich nur, rächt sich für alle die Freuden des Lebens, die ihr versagt sind...

Da ist sie schon zurück. Ein dünnes gelbes Stöckchen legt sie auf den Tisch:

„So. Vielleicht geht's jetzt besser. Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden...“

„Sie werden Gottes Kinder heißen.“

„Sie werden Barmherzigkeit erlangen, du dummer Mensch! Wo hast du bloß immer deine Gedanken, möchte ich wissen! Den ganzen Tag dich auf dem Spielplatz herumtreiben, ja, das kannst du ausgezeichnet. Nichts als Fußball und die ewige Spielerei im Kopfe! Da bist du nicht zu dumm dazu! Aber deine Schularbeiten ordentlich machen — spiele nicht immer mit dem Papierknäuel rum! Schmeiß den weg! Aber du bist ja gar nicht dumm, du bist bloß faul! Paul bist du, stinkend faul! Aber dir werde ich schon helfen! — Selig sind, die reines Herzens sind... Na, wird's bald?“

„Selig sind, die reines Herzens sind, denn sie werden... sie werden...“

Frau Höpcke nimmt den Stock. Werner duckt sich: „Sie werden... Gottes Kinder heißen...“

„Nein! Sie werden Gott schauen!“ Der Rohrstock surrt über die Schultern des Jungen, er hat ein leichtes, blauweiß gestreiftes Sporthemd an.

Er weint laut auf: „Nicht schlagen, Mutter! Bitte, nicht schlagen! Liebe Mutter, nicht schlagen!...“

„Schrei nicht so unverschäm! Du... Als ob dir wunder wie unrecht geschähe! Anders als mit Prügel kommt man bei dir nicht aus! Ach, was ich mich mit dir ärgern muß, du infamer Bengel du! Na, warte nur, ich werde es heute abend schon dem Vater sagen, da kannst du dich ja auf was gefaßt machen! Dir werden wir deine Faulheit schon austreiben!“ Wieder pfeift der Rohrstock, wieder...

Das Kind versucht jedesmal, den Schrei zu unterdrücken.

„Willst du ruhig sein! Willst du nicht so schreien, daß die Leute denken, dir passiert sonstwas. Aus dir werde ich schon noch einen ordentlichen Menschen machen, verlaß dich darauf!...“

Weiter geht es: Selig sind...

Endlich wirft Frau Höpcke das Buch auf den Tisch: „So, jetzt gehe ich zum Fleischer, und wenn ich wiederkomme, kannst du deine Sprüche! Aber tadellos, sonst gnade dir Gott! Nachher werden sämtliche Schuhe geputzt und Kohlen raufgeholt!“

Eine Tür knallt im Zimmer.

Der Junge beginnt wieder zu lernen, lauter als vorher: „Selig sind, die da geistlich arm sind, denn das Himmelreich ist ihr. Selig sind, die da Leid tragen, denn...“

Zu Anfang gluckst noch hin und wieder ein Schluchzen zwischen seine Worte.

Es mag eine Viertelstunde vergangen sein, da hat Werner den Katechismus vergessen. Da sitzt er wieder und schaut in irgendeine Ferne. Vielleicht ahnt er das Leben, in das er geboren wurde.

Ueber sein starres, dumpfes Gesicht rinnen allmählich langsame Tränen. Ganz still, ganz traurig.

Und dann geschah etwas Furchtbares.

Der Junge sagte: „Selig sind, die keine Angst zu haben brauchen.“

## Arbeiter essen Hundefleisch

Ternitz! Wer kennt nicht diesen Namen? Bei allen großen Kämpfen des österreichischen Proletariats war der Name Ternitz in aller Munde. Während des Krieges gab es viele Tausende Arbeiter in Ternitz. Das Werk wuchs aus dem Boden, es wurde riesengroß. Von weit und breit wurden die Menschen herangezogen. Die Ternitzer Arbeiter hatten die beste politische und gewerkschaftliche Organisation.

Nun sind auch in diesen Arbeiterort schon längst Hunger und Elend eingezogen. Die würgende Not greift in die Proletarierwohnungen.

Besuchen wir einmal die Wohnung eines Arbeitslosen. Wir kommen in die Küche. Feinliche Ordnung. Alles ist nett und rein. Die Kinder sitzen auf der Bodenstiege, sie wären in dem kleinen Raum, der Küche heißt, der Mutter im Wege.

Schon beim Eintritt in die Wohnung spürt man einen merkwürdigen Geruch. Es riecht nach geselechtem Fleisch. In der Küche steht ein Gerät, das man ganz gut für eine Hausfleischselche halten könnte?

Was geht hier vor? Wir werden es mit dünnen Worten sagen: Ja, Fleisch wird hier geselecht, aber Hundefleisch. Der Mann erklärt uns bereitwilligst, was hier geschieht. Er sagt, und seine Worte sind bittere Wahrheit: „Wenn wir Fleisch essen wollen, müssen wir Hunde abschachten. Wenn wir unsere unterernährten Kinder vor der Tuberkulose schützen wollen, brauchen wir Fett. Kaufen können wir keines, also essen wir Hundeschmalz.“

Er zeigt auf die Kinder: „Schauen Sie, sie können's schon nicht mehr erwarten, bis es geselecht und gekocht ist.“ Er bringt ein Häferl, es ist angefüllt mit gellichem, etwas weichem Fett. „Hundeschmalz ist es“, erklärt er uns trüb lächelnd. Er fügt noch hinzu: „Meine Kinder essen es mit dem Löffel.“ Dann meint er: „Gut ist es, daß sie es essen. Sie wären sonst längst alle brustkrank.“

Auf dem Ofen steht ein großer Hefen, darinnen kocht es lustig. Der Mann nimmt den Deckel ab, Kochdunst steigt empor. Mit einer Gabel zeigt er uns ein Stück gekochtes Hundefleisches. Daß es kein Einzelfall ist, wenn eine Familie hier Hundefleisch ißt, beweist uns der Mann sofort mit schlichten Worten. „Ja, was glaubt's denn“, sagt er, „ich muß immer, wenn ich einen Hund absteche, zusperrern, sonst kommen viele, die noch ärmer sind als wir. Jeder will ein Stück Fleisch. Wir hätten selber nichts!“ Die Frau hat Tränen in den Augen und meint, einmal wird es doch wieder besser werden. Die Gemeinde hilft nach besten Kräften. Aber was bedeutet die Winterhilfe gegen diese furchtbare Not? Die Natur selber ist noch am barmherzigsten, heuer ist ein milder Winter. Was wäre es erst, wenn Eis und Schnee das Verlassen dieser Wohnungen, in denen Not und Elend grinsend aus allen Fugen blicken, unmöglich machen würden? Dumpfe Verzweiflung bemächtigt sich langsam auch dieser in schweren Kämpfen erprobten Parteigenossen.

Die meisten Schloten sind kalt, das Gespenst des Hungers schleicht durch den einst blühenden Industrieort. Gerade jetzt ist ein neuer Kampf um die Löhne der wenigen noch

Arbeitenden entbrannt. Man will das Lebensniveau neuerdings herabdrücken. Das Heer derer, die von Hundefleisch leben müssen, soll noch größer werden.

Auch in Ternitz hat man die Arbeiter in Scharen zum Heimatschutz getrieben, sie haben ihn in Scharen wieder verlassen. Die Arbeiter wollen keinen Faschismus, keinen Hahnenschwanz. Sie wollen Arbeit und Brot, sie wollen keine Almosen. Noch sind sie stark genug. Sie schreien nach Arbeit. Der Schrei wird immer lauter, er wird eines Tages brausend durch den Ort hallen. Das mag allen jenen zur Warnung dienen, die aus Arbeitern Bettler machten.

(„Arbeiter-Zeitung“, Wien.)

## „Der Hexer“ tot

In Hollywood starb, 57 Jahre alt — wie bereits kurz berichtet wurde — der Romanschriftsteller Edgar Wallace an doppelseitiger Lungenentzündung.

\*

Es war unmöglich, von Wallace nicht gefesselt zu sein. Die gesamte Kriminalromanindustrie wurde von der Produktion Wallace gefesselt und an die Wand gedrückt, er fabriizierte allein im Jahre 1927 sechs Bühnenwerke und 26 Romane am laufenden Band, eine Leistung, die ihm außer einem Vermögen den Beinamen des „Hexers“ eintrug, was er wiederum sofort zu einem Romantitel ausschlachtete.

Man verglich ihn mit Frau Courths-Mahler, jedoch hat er dieses Schicksal nicht verdient, wenigstens seine Kriminalromane auch eine ziemlich üble literarische Produktion darstellen. Der Vergleich mit dem sentimentalen Kleinstertopf, alias Frau Hedwig Courths-Mahler, bleibt ein rein äußerlicher: Riesenproduktion und Riesenleserzahl.

Dafür behaupten nun wieder andere, in Wallace den Nachfolger Doyle's gefunden zu haben — da tun sie wieder Doyle unrecht. Denn wenn Wallace nicht weiter weiß, wird eine Falltür sichtbar, und der Held fällt hinein oder es kommen ihm elf Spießgesellen daraus zu Hilfe — das hatte Doyle sein Letzttag nicht nötig. Diese Romanmechanik nennt man bei Wallace „phantasiestärkere Arbeitsweise“, aber man kann auch sagen: Armut an logischen Gedanken.

Die bürgerliche Gesellschaft verliert an ihm einen Mann, dessen Erzeugnisse in gefährlicher Weise verstanden, die Arbeiterschaft von wichtigen Aufgaben und wichtigerer Literatur abzulenken.

Die Arbeiterschaft verliert nichts an Wallace.

## Kleines Feuilleton

Merkur entsteigt dem Meere

In der Bucht der italienischen Fischerstadt Anzio, dem von den Bewohnern Roms viel besuchten Seebad bei Rom, wo seinerzeit auch aus den Trümmern des Neronischen Palastes der Apoll von Belvedere und der Borghesische Fechter gefunden wurden, bargen Fischer in diesen Tagen aus dem Meer eine Statue von riesener Schönheit. Es handelt sich um einen nackten Merkur, der etwa anderthalb Meter groß ist. Der Bildsäule fehlt der rechte Arm, über dem linken breitet sich ein Mantel, während die Hand einen von einer Schlange umringelten Stab hält.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

### 44. Fortsetzung.

„Ich bin schon ohnehin stolz genug auf dich“, in ihrer Stimme schwingt leise Ironie.

„Sogar die Caddies,\*) die an den Spielern doch immer herumkackeln, sagen, sie hätten noch niemanden so spielen gesehen wie mich.“

Marjorie wirft einen Blick auf Shirley und die Negerin.

„Sie kommen sicher wegen des Schleiers.“ Dann wendet sie sich an den jungen Mann. „Geh jetzt, Lieber, ich muß mich noch fertigmachen, sonst könnten wir nicht heiraten und das würdest du doch schlimm finden, hoffe ich.“

„Wenn du etwas früher vom Tanz gekommen wärest, hättest du mehr Zeit für mich.“

„Willst du schon jetzt den Tyrannen spielen?“

Shirley sieht zum erstenmal Marjorie. Der schöne Kopf leuchtet blaß über dem gleißend weißen Kleid. Sie hat noch kein Rot aufgelegt. Im Spiegel wirkt sie wie eine Statue.

Sie beginnt Ringe, mit funkelnden, in märchenhaften Farben sich brechenden Steinen, über ihre dünnen, äußerst zarten Finger zu ziehen. Diese glitzernden, toten Edelsteine verändern sie, sie wird einem Götzenbild ähnlich. Marjorie sieht nur sich selbst. Ihre Augen lieblichen besaubert ihr Spiegelbild.

\*) Golschlägerträger.

Aber der Spiegel wirft auch die Gestalt der Negerin zurück, die neben Marjories zerbrechlicher Schönheit aussieht, wie ein mächtiges, kräftiges Tier, ein Arbeitstier, das aber auch — vielleicht — wild werden kann. Vorläufig zeigt sie nur ihr starkes weißes Gebiß, als wäre das Bild, das der Spiegel zurückwirft, nur komisch und nicht so überwältigend prächtig mit den Blumen und der glänzenden Gästeschär im Hintergrund, denn die Zimmertür war offen geblieben, als die Böglerin und Shirley eintraten.

Der Spiegel gibt auch Shirleys Bild zurück. Nie erschien sie sich selbst so dürrig und gewöhnlich wie jetzt neben der glänzenden Braut. Die eingefallenen Augen verraten, daß sie heute noch nichts gegessen hat, die billige Schminke verdeckt kaum die Spuren von Müdigkeit. Es scheint Shirley, als sehe man ihr alle Entbehrungen ihrer Jugend an, den unruhigen Schlaf in von Menschen überfüllten Räumen, die saft- und kraftlose Nahrung, die ewige Hetze bei der Arbeit. Ein solches Leben wäre der Braut unbegreiflich gewesen, sie hatte nur von dem erfahren, was Shirley bisher nie erlebt hatte: Ueberfluß, Luxus, Sorglosigkeit.

Er muß bekennen, daß das, was ihm der „schöne Alex“ über das Aeußere der Kellner erzählt hatte, nicht übertrieben war. Herr Fish ist mit sich selbst zufrieden. Er findet, daß der geliebte Frack seine Figur bestens zur

Geltung bringt, und daß seine Erscheinung sich glücklich dem Gesamtbild einfügt. Sogar der „schöne Alex“ gibt das in schmeichelhaften Worten zu.

Allerdings beunruhigt er sonst in jeder Beziehung Herrn Fish. Er weicht ganz einfach nicht von seiner Seite, obgleich man annehmen sollte, er würde vorziehen, sich hier im Saal vor seinen Vorgesetzten nicht ohne Nummer zu zeigen. Der „schöne Alex“ scheint hingegen keine Angst mehr zu haben, obgleich er heute früh so eindringlich die Gefahren schildern konnte, denen er sich aussetze, wenn er Herrn Fish als Kellner hereinschmuggeln würde.

Sollte auch der „schöne Alex“ wie die beiden „einstigen Kriegskameraden“ auf dem Dachgarten in Herrn Strongs Sold stehen? Oder bildete er sich nur selbst ganz überflüssigerweise Gefahren ein? Herr Fish ist selbst nicht mehr ganz sicher, ob er Verfolger oder Verfolgter ist.

Ja, der „schöne Alex“ zeigt sich in überraschender Weise entgegenkommend. Er empfindet Herrn Fish wohlwollend verschiedenen Kollegen, gibt ihm Erläuterungen und klärt ihn über alle technischen Finessen, die ein vollkommener Kellner zu beherrschen hat, auf.

Herr Fish greift während dieser freundschaftlichen Ratschläge wiederholt nach seinem Briefpaket. Es ist aber da, genau an der Stelle, wo er es verbarg.

Jetzt aber gibt es ungeheuer viel zu tun. Herr Fish hat keine Zeit mehr, seinem Verdacht nachzugehen.

Die Tische werden gedeckt. Silber und Kristallgläser werden herbeigeschafft. Die Kellner müssen riesige Schüsseln herbeischleppen mit den verschiedensten Süßigkeiten, exotischen Nußarten, Oliven und Salaten.

Die Kapitane, die zwischen den Kellnern und den Maitres d'hotel die Verbindung herstellen, sind heute zahlreicher als sonst ver-

treten. Sie haben ein scharfes Auge auf die Kellner, kommen mit immer neuen Befehlen und Anordnungen. Es ist ein Laufen und Hetzen, ein Wettrennen in die Küche und in die Büfets, noch bevor die eigentliche Arbeit begonnen hat.

Die Maitres d'hotel verfolgen vom Hintergrund aus die Arbeit. Man ist heute auf allerlei unangenehme Ueberraschungen gefaßt. Man weiß, wenn das Personal zu mäkeln anfängt, sucht es unbedingt irgendwelche eingebildete Unzulänglichkeiten ausfindig zu machen. Deswegen achtet man darauf, daß die Kellner keine Gelegenheit finden, sich allzuviel miteinander zu unterhalten.

Die Kapitane klatschen in die Hände und treiben die Kellner zur Eile an.

„Sprecht nicht so viel, Jungens, macht fix, der Spaß beginnt gleich. Ihr müßt euch beileben.“

Die Kellner betrachten kritisch den Saal. „Das wird ein ganz großes Affentheater, das uns wenig einbringen wird, paßt auf.“

„Ich möchte meinem Jungen den blauen Falter dort nach Hause mitbringen; man ahnt ja nicht, was für schöne Biester es auf der Welt gibt.“

„Warte nur ab. Bis die mit der Fresserei fertig sind, wirst du todmüde sein und es wird dir die Lust vergehen, nach Schmetterlingen zu laufen.“

„Habt ihr eine Ahnung! Als ob man hier die Schmetterlinge fangen dürfte! Die wird man extra sammeln; kein einziger darf verloren gehen. Das sind ja ganz teure Nummern, auf die paßt man auf.“

Einer der Maitres d'hotel nähert sich den Sprechenden und überblickt prüfend die Tische. „Aber auch auf uns.“

„Die möchten am liebsten jedes Wort, das wir sprechen, mit dem Mikrophon aufnehmen.“

„Sie haben Angst vor uns.“

## SIV

### Bezirk Westfalen

Laut Beschluß des Bezirksvorstandes findet unsere Bezirkskonferenz Sonntag, 14. Februar, vorm. 10 Uhr, in Herne, Wirtschaft Prüfenrath, Bahnhofstraße, statt.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Referat des Genossen H o o s e: Die politischen Aufgaben des SJV.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Anträge.
4. Wahlen.
5. Verschiedenes.

Gäste sind auf der Konferenz herzlich willkommen.

Kampfbereit!

Die Bezirksleitung.

I. A.: Hans Hillebrand.

### Ahlen

In zwei Jahren 30,7 vH Belegschaftsabbau auf Zeche Westfalen! Die soeben erschienene Statistik der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zeigt den katastrophalen Rückgang der Belegschaft im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. Hiernach betrug die Zahl der arbeitsuchenden Bergarbeiter im Industriegebiet am 1. Januar 1932 insgesamt 111 510; von denen 70 553 verheiratet waren. Für die Zeche Westfalen, die als einzige für den Arbeitsamtbezirk Ahlen in Frage kommt, betrug der Belegschaftsstand im Januar 1930 rund 2950 Bergarbeiter; die zunehmenden Entlassungen haben den Belegschaftsbestand am Jahresende 1931 bis auf rund 2000 sinken lassen. Seit Ende Januar 1930 bedeutet das einen Belegschaftsabbau von über 30 Prozent. Neben der drakonischen Lohnreduzierung werden durchschnittlich noch 32 000 arbeitstäglige Feierschichten eingeleitet. In den kargen Lohnschmälern und das Lebensniveau der Bergarbeiter so brutal heruntersetzen, daß Monatslöhne von 80—90 RM keine Seltenheit mehr sind. Aber die Dividenden bleiben bei den Aktionären dieselben — trotz Hunger und Not der produktiv tätigen Menschen. —

### Ratingen

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Maßt sich ein „Untertan“ an, noch dazu, wenn er „nur“ Erwerbsloser ist, Kritik an irgend einer „Amtshandlung“ zu üben, so fliegt er ins Loch. Das mußte ein Prolet erfahren, der in seiner Empörung über die Häufung der Exmittierungen in einer Erwerbslosenversammlung scharfe Kritik an diesen Zuständen geübt hatte. Da bekanntlich heute in öffentlichen Versammlungen das „Auge des Gesetzes“ wieder wacht, brummt das Gericht dem Proleten zwei Wochen Gefängnis auf, weil er öffentlich vor einer Menschenmenge zum Ungehorsam gegen obrigkeitliche Anordnungen aufgefordert habe. So etwas gibts auch in der deutschen Republik.

Die Ortskommandanten der „Eisernen“ nehmen es mit der Wahrheit nicht so genau. Auf den zur Verbreitung gekommenen Einladungszetteln zu einer Versammlung wird fälschlicherweise neben der SPD und dem Reichsbanner auch der ADGB als Einberufer genannt. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Ortsausschuß des ADGB die Beteiligung an der Eisernen Front abgelehnt, sich vielmehr, dem Aufruf der SAP folgend, der Roten Einheitsfront angeschlossen hat. Daß der Ortsausschuß Ratingen nur ein Unterausschuß des ADGB-Düsseldorf ist, besagt doch wohl noch lange nicht, daß er in dieser Angelegenheit der „vorgesetzten Behörde“ zu gehorchen hat. Hinter dem vom Kartell der Freien Gewerkschaften gefaßten Beschluß: „Rote Einheitsfront“ steht die übergroße Mehrheit der Ratinger Gewerkschaften. Daran ändert auch ein „Befehl“ des ADGB-Düsseldorf, sich der „Eisernen“ anzuschließen, nichts.

### Wesel

Die Delegierten des Ortsausschusses des ADGB wählten in der am Sonntag, 7. Februar stattgefundenen Generalversammlung den Vorstand neu. Um es vorweg zu sagen: sämtliche Vorstandsposten, ausgenommen zwei, die mit Sympathisierenden besetzt wurden, erhielten SAP-Leute. Die SPD hatte alles auf die Beine gebracht und besonders der Listenführer der Tolerierungspolitik Reichsbannergeneral a. D. und Gewerkschaftssekretär auf Abbruch, Spindler, hatte alles darangesetzt, um seine Liste zum Sieg zu verhelfen. Die meisten Delegierten hatte man vorher einzeln bearbeitet. Der erste Wahlgang verlief mit 17:17 Stimmen resultatlos, die zweite Wahl erbrachte für die Liste Schmitz mit 18:16 Stimmen den Sieg. Geschäftsbericht und die übrigen Berichte wurden ohne große Kritik entgegengenommen, die Spannung konzentrierte sich auf die Vorstandswahl. Ein Vorschlag des Genossen Jacoby, es bei dem bisherigen Vorstand, in dem auch SPD-Leute vertreten waren, zu belassen, fand bei der Gegenseite keine Gegenliebe, da man schon glaubte, den Sieg in der Tasche zu haben. Um so länger nachher die Gesichter. Der Listenführer der SPD-Liste, Gewerkschaftssekretär Spindler, hatte nicht den Mut, auch nur ein einziges Mal Kritik zu üben oder darzulegen, wie er seine „Tätigkeit“ als Kartellvorsitzender gestalten würde. Der neue Vorstand wird in der kommenden Zeit alles daran setzen, um die Interessen der Genossen, insbesondere aber auch der Arbeitslosen, zu vertreten; er wird Aufklärung schaffen und für die Einheit der Arbeiterschaft wirken. In allernächster Zeit findet ein Vortragzyklus statt. Bücherausgabe und kostenlose Rechtsauskunft jeden Sonnabend von 17—19 Uhr bei Ackermann, Neubergstr. Sämtliche Gewerkschaftsmitglieder besuchen am Freitag die

## Offener Brief an den Reichskanzler

Herr Reichskanzler! Zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens haben Sie, Herr Reichskanzler, die 4. Notverordnung erlassen. Wenn diese Notverordnung auch keine direkten Eingriffe in die Reichsversorgung bringt, so haben Sie, Herr Reichskanzler, uns Schwerbeschädigten und Unfallbeschädigten, welche im Bergbau beschäftigt waren und noch sind, Ungerechtigkeit zugefügt. Hieß es nicht, als wir den Stellungsbefehl erhielten, um das „bedrängte Vaterland“ zu verteidigen, daß uns des Vaterlandes Dank gewiß sein würde? Wie der Dank aussieht, der uns Schwerbeschädigten zuteil wird, möchten wir hier kurz schildern. Nicht genug, daß wir uns die Beschädigung oder die Krankheit im Interesse des Vaterlandes zugezogen haben, wird uns durch die 4. Notverordnung der schwere Stoß versetzt, der uns vollständig den Glauben an die Gerechtigkeit raubt. Wußten Sie, Herr Reichskanzler, nicht, daß wir unsere Knappschäftspension auf Grund unserer Berufsunfähigkeit und der geleisteten Beiträge erhielten? Ist Ihnen nicht bewußt, daß der bergmännische Beruf der gefährlichste ist, den es gibt? Was nützt uns Schwerbeschädigten im Bergbau noch unsere Versicherung? Fahren wir doch mit dem Bewußtsein in die Grube, nie in den Genuß der Versicherung zu gelangen, wofür wir unsere schweren Beiträge

bezahlen und 2—3 Schichten verfahren müssen! Hat man uns Schwerbeschädigten noch nicht genug an der Erwerbslosenversicherung gekürzt? Obwohl wir die Beiträge bezahlten, hat man uns trotzdem, weil uns eben der Dank des Vaterlandes gewiß ist, von den Leistungen aus der Erwerbslosenversicherung einen Teil genommen. Ist Ihnen, Herr Reichskanzler, die Auswirkung nicht bekannt gewesen, als Sie die Notverordnung herausgaben? Wir Schwerbeschädigten im Bergbau ersuchen Sie, Herr Reichskanzler, dieses uns zugefügte größte Unrecht, das je die Welt gesehen, wieder gutzumachen dadurch, daß wir wieder in den Genuß der Leistungen der Knappschäftspensionskasse kommen und vor allen Dingen kein Abzug vom Lohn zu erfolgen hat für die Pensionskasse. Das Geld, welches in diesem Falle trotzdem den Schwerbeschädigten vom Lohn einbehalten wird, ist unseres Erachtens Diebstahl. Sollten Sie, Herr Reichskanzler, der Auffassung sein, daß Ihnen zur Wiedergutmachung des Unrechts die Finanzen fehlen, dann empfehlen wir Ihnen, ein bißchen Umschau zu halten bei den Großpensionären, welche doch das Wort Vaterland stündlich im Munde führen.

Die Schwerbeschädigten der Schachtenanlage Beekerwerth der Bergbau-Gruppe Hamborn

öffentliche Versammlung im Weseier Hof, 19½ Uhr, Genosse Sternberg wird sprechen über: „Eiserne Front oder rote Einheitsfront“. KPD und SPD sind eingeladen.

### Frankfurt a. M.

Eine erneute Senkung der Fürsorgeunterstützungssätze steht bevor. Die Sätze sollen nach den Anweisungen der Regierung für Alleinstehende von 53 Mark auf 40 Mark, für Verheiratete von 72 Mark auf 59 Mark gesenkt werden.

Täglich 12 000 Liter Essen werden in den Erwerbslosenküchen ausgegeben. Das ist kein Beweis für die gute Qualität des Essens, sondern ein Zeichen der furchtbaren Not, die unter den Arbeitslosen herrscht. Würden die Arbeitslosen auch nur einigermaßen anständig unterstützt, sie würden nicht Schlange stehen, um eine armselige Bettelsuppe zu erhalten.

Infolge der Wirtschaftskrise hat sich der Stromverbrauch der Stadtgemeinde ganz bedeutend verringert. Die Betriebsanlagen der Elektrizitätswerke werden infolgedessen nur zu einem geringen Teil ausgenutzt. Die gegenwärtige schlechte Lage der Elektrizitätswerke ist keineswegs allein durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt. Würde der Strombedarf ausschließlich von den hiesigen Werken gedeckt, so hätten diese genügend zu tun. Außerdem wäre der Strom billiger. Die Elektrizitätswerke sind jedoch durch einen Vertragsabschluß mit der Preag (Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft) zur Abnahme von Fremdstrom gezwungen. Zur Zeit des Vertragsabschlusses stand das Wirtschaftsleben im Zeichen aufsteigender Konjunktur. Die veralteten Betriebsanlagen waren dem gesteigerten Bedarf nicht gewachsen. Um konkurrenzfähig zu bleiben, dehnten die Elektrizitätswerke einerseits ihre Betriebsanlagen mit Hilfe ausländischen Kapitals aus, andererseits schlossen sie den Vertrag mit der Preag auf Lieferung von Fernstrom ab. Der Vertrag, der auf lange Sicht abgeschlossen wurde, verpflichtete die Werke zur Abnahme einer sich beständig steigenden Quote. Abgeschlossen wurde dieser Vertrag unter der Aera Asch und Dr. Schmude. Dr. Schmude ist heute in leitender Stellung bei der Preag. Die Dauerkrise machte einen Strich durch diese Rechnung. Heute ist der Vertrag mit der Preag ein Hemmnis. Die Produktionskapazität der hiesigen Werke genügt vollständig, um den notwendigen Strom zu erzeugen. Infolge der Tatsache, daß ein wesentlicher Teil des Stroms von der Preag bezogen werden muß, arbeitet von sieben Maschinen der Elektrizitätswerke nur eine einzige. Nun stellen die Wintermonate für die Elektrizitätswerke noch die Zeit der Hochkonjunktur dar. Bis zum Sommer ist mit einem weiteren beträchtlichen Rückgang des Stromverbrauchs zu rechnen. Der Vertrag mit der Preag gefährdet aber nicht nur die künftige Fortführung des Betriebs der städtischen Elektrizitätswerke. Er verschärft schon heute die Finanzlage der Elektrizitätswerke. Da der Preagvertrag auf lange Sicht abgeschlossen ist, können die Werke auf normalem Weg nicht aus dem Vertrag herauskommen. Unternimmt man städtischerseits nichts, um sich von dem Bleigewicht des Preagvertrages zu befreien, so besteht die Gefahr, daß die Werke eines Tages geschlossen werden müssen. Würde dieser Fall eintreten, so bedeutete dies den Fall eines der wesentlichsten Bollwerke kommunaler Selbstversorgung. Zuerst würde die Belegschaft nutzlos gemacht werden. Es ist an der Zeit, daß die Stadtverordnetenversammlung sich eingehend mit diesem Problem beschäftigt. Insbesondere müßte sie prüfen, ob nicht durch die Notverordnung die Möglichkeit gegeben ist, das Vertragsverhältnis zu lösen. Was um so eher möglich sein sollte, als die Preag eine öffentlich-rechtliche Gesellschaft ist.

Die gefälschten Sachtagekarten. In den letzten Tagen des Sechszehntennens nahm der Besuch der Festhalle außerordentlich zu. Der Direktor errechnete wohl bereits einen fetten Gewinn. Doch als die Kasse abgerechnet wurde, stellte sich heraus, daß die Einnahmen in gar keinem Verhältnis zur Besucherzahl standen. Man hatte zu wenige einzelnommen. Wie war das möglich? Der Direktor ließ die Kontroll-

karten nachprüfen. Und siehe da, die gleichen Nummern waren doppelt vorhanden. Die näheren Ermittlungen ergaben nun, daß ein Angestellter der Firma Halbreich — bei dieser Firma wurden die Eintrittskarten hergestellt — heimlich Duplikate herstellte. Gemeinsam mit einem Freund verkaufte er die gefälschten Eintrittskarten zu einem billigeren Preis. Man nimmt an, daß die beiden den Unternehmer um etwa 2000 Mark prellten.

### Krofdorf-Gleiberg

Am Sonntag hatte die SPD sich die „Kanone“ Scheidemann zur öffentlichen Versammlung verpflichtet. Wir glaubten, eine Verteidigungsrede über die seither verfolgte Politik hören zu können. Weit gefehlt. Wer es nicht wußte, glaubte sich in einer nationalsozialistischen Übungsstunde. Zum Schluß meinte Scheidemann, die Krise sei international, Deutschland hätte allen Ländern das voraus, daß seine Mark eine Mark wert sei! Ueber Hindenburg sprach er auch. Man könne es einem „alten Marschall“ nicht verübeln, wenn er sich mit Hitler usw. über Militär etc. unterhalte! Die Republik sei nicht so, wie sie sich Scheidemann gewünscht, besser sei es jedoch als bei Wilhelm II. Auf der anderen Seite sagte er, alle Exzellenzen erklärten: „Hätten wir im Kaiserreich Leute wie Braun und Severing gehabt, dann hätten wir heute noch eine Monarchie!“ — Den Mitgliederschwind erklärt Scheidemann damit, daß es solche Leute gewesen seien, die gewerkschaftlich und politisch nicht genug geschult waren. — Die SPD trete für geordnete Verhältnisse ein, und solange ihr Programm nicht anerkannt werde, wird es nicht anders.

### Freiburg i. Br.

Vom Preisabbau. Der Brotpreis wurde am 2. Januar „gesenkt“. Schwarzbrot und Mischbrot um 5 Prozent, Weißbrot überhaupt nicht. Mit 21 Pfennig pro Pfund Schwarzbrot steht der Preis weit über dem Berliner. — Die Möglichkeit einer weiteren Brotpreis-senkung wurde damals geprüft. Sie scheint die Prüfung nicht bestanden zu haben.

### Stuttgart

Die Jugend der Eisernen Front. Die Eisernen Front sucht auch die arbeitende Jugend für ihre verschwommenen Parolen zu gewinnen. Die sieben Aufrechten der Republikanischen Studentengruppe hatten am 4. Februar zu einer Jugendkundgebung aufgerufen. Angeschlossen hatten sich die Gruppe junger Staatspartei, Reichsbanner, SAJ und (mit Lücken) das Freigewerkschaftliche Jugendkartell. Über das Thema „Jugend im Kampf gegen den Faschismus“ sprach Heinz Zanke vom GDA. Auf seine einleitende Frage: Was eint die deutsche Jugend?, antwortete er mit der nationalen Phrase: die Kraft unseres Glaubens an das deutsche Volk, das er mit den eingeschlossenen Kumpeln im Karstenbergwerk verglich; denn das deutsche Volk sei überall von schwarzen und finsternen Mächten umgeben. Er forderte eine leidenschaftliche Wehr gegen die „Politik des Negierens“ (Zanke scheint mit den bestehenden Zuständen äußerst zufrieden zu sein). Unter Faschismus verstand er natürlich nur die nationalsozialistische Bewegung, mit der er sich aber nur auf Grund ihres Programms befaßte, als ob die Rolle der Nazis an ihrer tatsächlichen Politik nicht viel besser demonstriert werden könnte. Mit dem Federschen Programm durfte man sich noch so lange abgeben, wie die NSDAP noch außerhalb des politischen Einflusses stand. Das Akademisieren mit einem Parteiprogramm erscheint heute reichlich überholt und führt zu nichts anderem als einer völlig falschen Einschätzung des Faschismus und darum auch zu einer völlig falschen Kampfweise. Wenn der bürgerliche Referent die Staatsform in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellt und sich für die demokratische Republik entscheidet, dann steht das in schreiendem Widerspruch zu seiner Aufforderung, jeder solle in das Wesen des Staates und der Wirtschaft einringen. Herr Zanke möge als erster diese Forderung erfüllen. Unter Aufgabe seines engen bürgerlichen Horizontes müßte er dann zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Wenn die Genossen der SAJ dem Redner zwar nicht begeistert, aber für das

platte Gerede doch allzu reichlich Beifall spendeten, dann beweist das wieder einmal, wie sehr die SPD im Interesse ihrer reformistischen Politik die politische Schulung ihrer Jugend versäumt hat. Herr Zanke trauert, daß die Studenten heute nicht wie 1848 in der Front des Fortschritts stehen, vermag aber nicht die soziologischen Ursachen zu erkennen. Er rügt mit erhobener Stimme das Verhalten der Nazis zur Reichspräsidentenwahl: „Wir stellen uns hinter das Bestreben der Eisernen Front, sich für die Wahl Hindenburgs einzusetzen, des bewährten Feldherrn, der den Eid auf die Verfassung geleistet und ihn gehalten hat.“ Der Redner weiß auch etwas von staatsparteilichen Wirtschaftstheorien zu sagen und begibt sich dabei durchaus nicht in eine „Politik des Negierens“: „Es hat keinen Sinn zu schreiben: nieder mit dem Kapitalismus, wenn man die richtigen Fehler nicht erkennt und neue Vorschläge macht.“ (Von Sozialismus hat Zanke wahrscheinlich noch nie etwas gehört!) Er fordert höhere Löhne und Gehälter, Abbau der Spitzengehälter. „Wir fordern Verkleinerung der Betriebe.“ Die Eisernen Front geht also einig mit den Spießern der Wirtschaftspartei und den kleinbürgerlichen Nazis (die sie doch so bekämpfen), die auch immer alles Unglück auf die Warenhäuser und Konsumvereine schieben; Natürlich verspricht man sich in der Eisernen Front auch viel von der staatlichen Beaufsichtigung der Trusts und Konzerne“. Der fromme Bibelwunsch von der wirtschaftlichen und politischen Verständigung der Völker darf natürlich auch im Gebetbuch der Eisernen Front nicht fehlen. Der bürgerlich-kapitalistische Pferdefuß wird aber vollends sichtbar in der Stellung zur Sowjet-Union: „Wir lehnen Wirtschaftskonstruktionen wie in Rußland, die noch den Beweis ihrer Lebensfähigkeit liefern müssen, ab. Wir müssen eine Wirtschaftsform suchen!“ (Braucht diese dann nicht erst den Beweis ihrer Lebensfähigkeit zu liefern, Herr Zanke?) Zum Schluß der „antifaschistischen“ Rede schlägt man noch einmal alle nationalen Töne von Volksgemeinschaft und Liebe zum Volk an und will nationalistischer als die Nazis sein: „Die Nazis vermindern den Ruhm und die Ehre des deutschen Volkes!“ Aus dem Bekenntnis zur Weimarer Verfassung folgert er dann auch schlagend: „Wir bekennen uns zur Regierung Brüning! Die Notverordnungen sind zwar hart, aber wir bekennen uns zur Regierung, weil wir wissen, daß Männer am Werke sind, die den Willen zur Tat haben!“ Für Hindenburg, für Brüning, für Kapitalismus und „Volksgemeinschaft“ mit den Ausbeutern — das ist das wahre Gesicht der Eisernen Front „gegen den Faschismus“. Man verhöhnt die arbeitende Jugend, indem man großspurig Lohnerhöhung fordert und sich nachher bedenkenlos zum Lohnabbau diktator Brüning bekennt. Nach der Versammlung bemühte sich die Polizei, Reklame für die demokratische Republik zu machen. Sie hetzte in geradezu empörender Weise ein Ueberfallkommando mit dem Gummiknüppel hinter den in größeren Gruppen heimkehrenden Versammlungsteilnehmern her. Möge die proletarische Jugend erkennen, daß der bürgerliche Polizeistaat nicht ihre Rechte vertritt, und daß man mit halbfaschistischen Staatsparteiern und Gelben Gewerkschaften den Faschismus nie und nimmer bekämpfen kann. Der Platz der proletarischen Jugend ist nicht in der Eisernen Front, sondern in der werdenden Roten Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats!

### Nürnberg

Warum Politik? Dies ist der Titel des politischen Kabarets, durch das die Bezirkskonferenz der fränkischen SAP einen guten Abschluß fand. Mit diesem Kabarett trat unsere junge Spielgruppe zum ersten Male vor die Öffentlichkeit. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg, das bewies der stürmische Beifall, den die jungen Genossen für ihre Darbietungen erteten. Flotte Musik, Sprechhörte. Die roten Rebellen. Hoffentlich dauert die Zwischenzeit bis zum nächsten Auftreten der Blauhemden nicht allzulange. Eisernen Front — ein Betrug! Darüber sprach Genossin Düby in den Hubertus-Sälen. Der Titel hatte eine ganze Abteilung der Eisenfrontler herbeigelockt. Sie kamen mit dem ehrenwerten Vorsitz, zu randalieren. Genossin Düby gab einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Faschismus, der nur durch die Unentschiedenheit des Proletariats stark werden konnte. Je länger das Proletariat zögert, je weiter es von dem Kampf zurückschreckt, desto schlechter werden seine Aussichten, jemals wieder hochzukommen. Der bürgerlichen Diktatur ist die des Proletariats entgegengesetzt. In den Betrieben haben wir die Genossen wieder im Gebrauch der immer noch scharfen Waffe der Arbeiterschaft zu üben. Ueber lohnpolitische Streiks zum politischen Generalstreik. Das ist die Antwort auf den drohenden Faschismus. Keine Eisernen Front, sondern Diktatur der Arbeiterklasse. Nach dem ungeheuren Beifall sprach ein Genosse der KPD. Er stimmte der Referentin vollständig zu, meinte aber, nach diesen Ausführungen sei ihr Platz nur in seiner Partei. Dann kritisierte er die SAP wegen ihrer Stellung zur Kandidatenfrage bei der Reichspräsidentenwahl und zur Einheitsfront. Als ein Vertreter der KPO sprechen wollte, verließen die Kommunisten die Versammlung. Die Reichsbannerleute, die während des Referates den Mund nicht weit genug aufbrachten, waren nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Genossin Düby widerlegte spielend ihre Ausführungen, was die Anhänger der Eisernen Front zu neuem Lärm Anlaß gab.

### Organisationsnachrichten

Berlin: Dr. Fritz Sternberg, Berlin, spricht am 22. Februar, 19:45 Uhr, im großen Südfeld-Saal über das Thema: „Weltwirtschaftskrise, Faschismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse“. Zu dieser Versammlung werden alle Arbeiterorganisationen eingeladen.

# Sportschau der SAZ

## Arbeitersportler boxen

Die Sportliche Vereinigung Lichtenberg-Friedrichsfelde führte Boxkämpfe durch, wobei recht beachtliche Ergebnisse erzielt wurden. Im Einleitungskampf zwang Zink-Alt-Wedding seinen Gegner F. Thöns-Rosenthal in der 3. Runde zur Aufgabe. Ebenfalls im Fliegengewicht siegte M. Thöns-Rosenthal nach Punkten über Gloger-L-F. Im Federgewicht war Kulbath-Alt-Wedding seinem Gegner Pietsch überlegen. Dieser gab in der 1. Runde auf. Den besten Kampf des Abends lieferten Henneberg-L-F. und Lorke-Luckenw. Punkt-sieger wurde der Kreismeister Henneberg. Leichtgewicht: Falkenberg-Rosenthal zwingt Bucza-L-F. in der zweiten Runde zur Aufgabe. Krüger-Rosenthal verliert nach Punkten gegen Manke-L-F. Weltgewicht: Zürgel-Rosenthal wird von Sobke-L-F. ausgepukt. Eine Überraschung brachte das Treffen Thome-Alt-Wedding gegen Proller-L-F. Der Anfänger Thome lieferte dem bisherigen Kreisbesten einen ausgeglichenen Kampf. Ebenfalls unentschieden kämpften E. Munter-A-W. und Zeuge-L-F. Auch die Begegnung der beiden Vereinsmitglieder Molinski und Buchholz endete unentschieden. Faulhaber-L-F. war für Rogge-A-W. zu stark und siegte in der ersten Runde durch K.o. Im Mittelgewicht siegte Borlik-L-F. über George-Rosenthal nach Punkten. A. Munter-A-W. und Hübner-L-F. kämpften unentschieden.

## Jiu-Jitsu- und Ringkampfurse

Die Sportliche Vereinigung Lichtenberg-Friedrichsfelde beginnt Mitte Februar mit neuen Kursen im Jiu-Jitsu und Ringen. Anmeldungen werden noch entgegengenommen, und zwar Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr in der Turnhalle Lichtenberg, Platzstraße.

## Waldlauf des V. f. L. Ostring

Pünktlich um 15 Uhr erfolgt am kommenden Sonntag im Plänterwald der Start der Sprinter zur 1000-Meter-Strecke. Dieser Gruppe folgen unmittelbar die Sportlerinnen und Alterssportler über die gleiche Strecke. Die 2000-Meter-Strecke wird dann von der Jugend als nächste Konkurrenz gestartet. Den Abschluß machen die Teilnehmer der 3 mal 2000-Meter-Waldstaffette und die 6000-Meter-Läufer. Da zu den einzelnen Wettbewerben zum Teil ein besseres Meldeergebnis zu verzeichnen ist, dürfte es wieder zu guten Kämpfen kommen. Start, Ziel und Wechsel befinden sich am Umkleelokal „Altes Eierhaus“. Dasselbst auch nach dem Lauf Beisamensein mit Tanz, Freunde und Anhänger des Arbeitersports sind herzlich eingeladen.

## FSV „Fichte“ zeigt den Weg

Am Sonnabend, dem 30. Januar 1932, tagte die erste Generalversammlung des Vereins. In dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden wurde aufgezeigt, daß trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Mitgliederzahl des Vereins sich in einem Jahr von 33 auf 130 über 14 Jahre und 40 auf 14 Jahre erhöht hat. Weiter wurde aufgezeigt, daß trotz aller politischen Schwierigkeiten, aller Bemühungen, die FSV in ihrer Entwicklung zu hemmen, ausgezeichnete Arbeit geleistet worden ist, die keinen Vergleich auch mit viel stärkeren Vereinen zu scheuen braucht. Und daß man im Verein ehrlich bestrebt ist, ihn zur rein proletarischen Organisation zu machen, die sich aber nicht ins Schlepptau einer bestimmten Partei nehmen läßt, kommt auch zum Ausdruck in den gefaßten Entschlüssen. So in der zum Einheitskongreß der KG, die bei zwei Stimmhaltungen einstimmig angenommen wurde. In dieser Entschluß lehnten die Mitglieder eine Delegation zu diesem Kongreß ab.

Daß die konsequente Haltung der Sportgenossen sich aber nicht nur gegen eine Seite wendet, das beweisen sie in der weiteren Entschluß zur Eisernen Front, die wir im politischen Teil der Donnerstagsausgabe veröffentlichten.

Man kann sich nur freuen über die freie Sportvereinigung. Sie tut das, was so dringend not tut: sie hält sich frei von parteipolitischen Einflüssen und schafft damit in ihren Reihen die Voraussetzung für einen erfolgreichen proletarischen Kampf.

## Mitteldeutscher Arbeitersport

### Handball in Magdeburg

MTV-Hohendodeleben—Eiche-Biederitz 6:12. Trotz des überlegenen Sieges zeigte Biederitz keine besonderen Leistungen.

Fichte-Sudenburg—ATV-Diesdorf 8:4 (3:0). Beide Mannschaften zeigten nichts Besonderes. Eintracht-Süd—FrTracht-Schönebeck 10:2 (6:1). Süd hatte das Spiel stets in der Hand.

### Anhalt

Dessau-Alten—Reichsbanner-Dessau 14:0. Kochstedt—Klein-Kühnau 4:7. Meinsdorf—Zerbst 2:4. Groß-Kühnau—95-Dessau 5:2. Bobbau—Fichte-Dessau 3:9. Vorwärts-Bernburg—Lettorf 9:4.

### Fußball in Magdeburg

Weißstoß-Schönebeck—Sportklub-Burg 5:1 (5:0). Weißstoß lieferte dem Sportklub ein gutes Spiel. Der Sportklub gab sich die beste Mühe, aber nur das Ehrentor war ihm beschieden.

Germania-Burg—Wacker-Braunschweig 2:2 (1:1). Beide Bezirksmeister lieferten sich einen fabelhaften Kampf.

Felgeleben—Jahn-Groß-Ottersleben 1:3 (1:1). Ottersleben war in der Stürmerreihe besser und gewann verdient.

Fichte-Buckau—Neue Welt 7:0 (4:0). Fichte war stets überlegen und gewann daher haushoch.

Sportfreunde - Magdeburg—Sportfreunde-Bernburg 1:2. Das entscheidende Tor fiel durch eine zweifelhafte Entscheidung des Schiedsrichters.

### Anhalt

Vorwärts-Zerbst—Sportfreunde Dessau 2:2. Wacker-Köthen—Hecklingen 4:1. Olympia-Dessau—FrTracht-Aschersleben 2:5.

### Harz

Timmenrode—Schutzsport-Halberstadt 4:5. Reinstedt—Gernrode 6:4. Thale—Bad Suderode

6:1. Wernigerode—Kattensteht 8:1. Freiheit-Halberstadt—Wernigerode B 3:3.

### Boxen

Gut-Kraft-Bernburg wurde über Vorwärts-Sudenburg mit 10:6 Sieger. Bernburg ist somit Kreismeister.

## Sonja Henle wieder Eislaufmeisterin

Lake Placid, 11. Februar.

Das Kunstlaufen im Rahmen der Olympischen Winterspiele in Lake Placid wurde am Mittwochabend im überfüllten Eispalast mit dem Kürlaufen beendet. Noch in später Nachtstunden verkündete das Preisgericht den Sieg der norwegischen Titelverteidigerin Sonja Henle, der allerdings die Wienerin Fritzi Burger nicht viel nachstand.

### Grafström geschlagen

In dem zum ersten Mal vollbesetzten Eispalast (Piste auf der ganzen Linie) wurde am Dienstagabend das Herrenkunstlaufen mit dem Kürlaufen beendet. Karl Schäfer-Wien gewann nach den Titeln eines Europa- und Weltmeisters nun auch die goldene Olympiamedaille und „enthronte“ den 1924 und 1928 erfolgreich gewesenen Schweden Gillis Grafström, der sich mit dem zweiten Platz vor Wilson-Kanada und Nikkanen-Finland begnügen mußte. Der einzige Deutsche, Ernst Bauer-Berlin, belegte den fünften Platz vor dem Amerikaner Turner, wie die Deutschen überhaupt überall als erste rangieren, von hinten natürlich.

Grafström tat beim Trainieren einen Sturz, bei dem er sich stark verletzte. Aber das entschuldigt bei der bürgerlichen Olympiade nicht, es geht auf Biegen und Knochenbrechen. Schonung gibt es nicht. Erst dann ist man von seinen nationalen Verpflichtungen für

## Entscheidung um Sachsens Kreismeisterschaft Leipzig und Niederhaßlau die Gegner

Der kommende Sonntag bringt in Sachsen das wichtigste Spiel: das Endspiel um die Kreismeisterschaft. Genau wie vor 2 Jahren ist Leipzig wieder der Austragungsort und stellt auch selbst den Endspielgegner. Diesmal hat sich Kleinzschocher die Berechtigung erkämpft. VFK Südwest — das ist der richtige Vereinsname — ist neben VFL Südost zweitstärkster Verein des Leipziger Bezirks. Er steht auch jetzt in sehr günstiger Position. Während Niederhaßlau unbedingt gewinnen muß, zudem es die Meisterschaft erlangen soll, genügt für ihn schon ein Unentschieden. Ein wirklicher Meisterschaftskampf ist also zu erwarten.

Nach dem einwandfreien Sieg des Leipziger Meisters muß auch die Beurteilung des kommenden Spiels unter ganz anderen Gesichtspunkten erfolgen. Es erweckt ganz den Anschein, als wollte sich Südwest ganz auf ähnliche Art den Weg zum Ziel bahnen, wie es Pegau im vorigen Jahr getan hat: Klein anfangen, dann immer besser werdend, bis es sich über den Kreismeister zum Verbandsmeister und sogar zum Endspielgegner um die

Bundesmeisterschaft emporarbeitete. Dazu gehören selbstverständlich Fähigkeiten und Geschick.

Niederhaßlau hat sich ebenfalls ganz seinen sonstigen Gepflogenheiten entsprechend gezeigt. Nach einem nicht gerade verheißungsvollen Start stiegen die Leistungen im Spiel gegen Chemnitz ganz gewaltig, sie wurden zwar durch Schicksalsschläge — plötzlicher schwerer Erkrankung zweier Hauptkräfte — wieder etwas herabgedrückt, aber nun ist am Sonntag zu erwarten, daß die Mannschaft im letzten Kampf den Beweis ihrer tatsächlichen Spielstärke antritt. Vielleicht liegt der Ausgang nur an der Schußfreudigkeit der Stürmer. Da nun die Leipziger Läuferreihe der stärksten Mannschaftsteil überhaupt ist, wird die Niederhaßlauer Angriffreihe erst recht mit erhöhter Taktik und Technik operieren müssen, um die Hintermannschaft nicht zu überlasten. Sie wird sich in möglichst kurzer Zeit einführen und einspielen müssen, bevor der Gegner seinen Plan aufrollen kann. — Doch — man wird ja sehen!

## BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

### „SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_

monatlich . . . 2,40 RM. inkl. Bestelgeb  
wöchentlich . . 0,60 RM. inkl. Bestelgeb.  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf.  
Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsbmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Schol Zeitungs Verlagsgesellschaft m.b.H. Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Peiservorschüsse entbunden, wenn die Wettkämpfer, wie die Mannschaften der beiden deutschen Bobs, mit gebrochenen Knochen im Spital liegen. Aber es ist ja alles in Ordnung: die Teilnehmer haben das ihrige und das Publikum seine Sensationen. Und das Ganze ist edelster bürgerlicher Olympiasport.

## Kleine Nachrichten

### 8. Berliner Hallensportfest!

#### Man versorge sich mit Karten

Die Eintrittskarten zu der Veranstaltung am 28. Februar in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm sind bereits in den Vorverkaufsstellen zu haben. Und zwar: Sportzentrale, Königsberger Str. 6; FTGB-Geschäftsstelle, Lichtenberger Str. 3, und im Lokal Hugo Wegner, Frankfurter Allee 236. Ferner in der Kreisgeschäftsstelle, Elsass-Str. 86-88, täglich von 16-20 Uhr. Die Ausgabe an die Vereine erfolgt nur in der Elsass-Str. 86. Der Eintrittspreis beträgt 0,50 RM und 1,- RM. Der Vorverkauf wird am 26. Februar für die ersten drei Stellen abgeschlossen und findet am Sonntagabend, dem 27. Februar, nur in der Elsass-Str. statt. Die Vereine müssen bis dahin mit den Karten abgerechnet haben. Nicht abgerechnete Karten zählen als verkauft.

Freie Sportvereineigung Fichte e. V. Sonnabend, den 13. Februar, Maskenball der Fußballer in Raabes Fagirsolen, Fichte-Str. 29. Eintritt 1,- RM. Erwerblose 80 Pf.

### Kraftsportvereinigung 1922 Plauen i. Vogtl.

Jugendliche Erwerblose (14-21 Jahre), die Interesse für einen Freizeitkursus im Ringen, Boxen, Gewichtheben usw. haben, werden gebeten, sich am Montag, dem 15. Februar, um 14 Uhr, in der Turnhalle der Delitzschschule, Seminarstraße, einzufinden. Unkosten entstehen für die Teilnehmer nicht. Wenn möglich, Trikot und Hallenschlüpfer mitbringen.

## Organisationsnachrichten

### SAP

Bezirksverband Berlin: Sitzung des engeren Bezirksverbandes am Sonnabend, dem 13. Februar, um 18 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Wichtige Tagesordnung. Pünktliches Erscheuen ist Pflicht.

### SJV

Heute, Freitag, 12. Februar, 19.30 Uhr: Charlottenburg „Karl Liebknecht“: Arbeitsgemeinschaft, Frankfurter Allee 1: Zusammenkunft beim Gen. Bernhard Hein, Boxhagener Str. 22. Gesundbrunnen: Tagespolitik. Haspa: Krise der Jugend (Fortsetzung). Köpenick: Jugendrotter „Roter Aufbau“: Lesabend. Mitte: „Rote Planiere“: Diskussion. Unterbezirk Mitte: Sonntag, 14. Februar, 19 Uhr, Heim, Prenzlauer Allee. Mitgliederversammlung. Neukölln I: Bürgerliche und proletarische Literatur. Neukölln II: Gegensätze zwischen bürgerlicher und proletarischer Literatur. Neukölln III: Arbeitsgemeinschaft. Neukölln IV: 19 Uhr, Buschkrug. „Wir gehen arbeiten“. Unterbezirk Neukölln: Sonnabend, Fahrt nach Bernau. 18 Uhr BfH. Neukölln. Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Der Faschismus in der Satire. Wörlitz-Platz „Matteoli“: Liederabend. Westen „Lenin“: Tagespolitik. Wedding: SAP und die Gewerkschaften. Weißensee „Karl Marx“: Politische Satire. (Heim, Pistoriusstraße 26.) Wilmersdorf: Tagespolitik.

### Mitteilungen der Bezirksleitung

Roter Karneval: Karten sind, soweit schon verkauft, umgehend im Sekretariat abzurechnen. Sportler des SJV: Am Donnerstag, dem 18. Februar, Heim, Prenzlauer Allee 34, Zusammenkunft aller Sportler. Ostliche Arbeiter-Versammlung: Montag, 15. Februar, Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 313. Eintritt 10 Pf., Erwerblose 5 Pf. Achtung! Alle Gruppen, die auf Fahrt gehen, holen von der SAZ Werbematerial.

## Die Ente

### Neu erschienen!



Aus dem Inhalt der neuen Nummer: Brünung und der Kronprinz Sittengericht bei Komplnaki Der schwerhörige Pfarrer Osef Noske / Die Nationalstrolchisten Blutiges Diner im Braunen Haus

11. Jahrgang

10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberländerstr. 7

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Beutner; für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expeditio: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestelgeb. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM - 36 Zustellgeb. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM - 36 Zustellgeb. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

## Theater und Kinos

**Volksbühne**  
Friedrichstraße 109  
Freitag 8 Uhr  
Zam 1. Male  
Febrmann Henschel  
mit Janzigs Malzer  
Sonnabend 8 Uhr  
Febrmann Henschel

**Rose-Theater**  
Friedrichstraße 132  
Freitag 8 Uhr  
Sonnabend 13 Febr.  
6 und 9 Uhr  
Ber Bette's student  
Lest den  
Klassenkampf!

**Filmpalast Puhmann**  
Schönhauser Allee 145  
„Hinter den roten Mauern v. Lichtenfelde“  
(Kadetten)  
u. das gute Beiprogramm

**Münz-Theater**  
Münzstr. 10  
Tonfilm-Tageskino  
Ab Freitag:  
2 Ton-Gebilde  
Die Pranke  
und  
Die spanische Fliege

**Elysium-Lichtspiele**  
Prenzlauer Allee 56  
2 Riesenschlager  
in einem Programm  
Felix Bressart in  
Der Herr Bürovorsteher  
Curt Bois in  
Der Schlemihl

**Mila-Lichtspiel-Palast**  
Schönhauser Allee 130  
Wochentags 8.15  
Kasseneröffnung 1/2 Stunde vor Beginn  
Sonntags 3.15  
Fritz Schulz, R. A. Roberts:  
„Die spanische Fliege“  
Bühne:  
7 Accordone Jungs von der Wale-Kant  
Gastspiel Turko und Tarbette,  
Meisterrotierender u. töner der Nabilolen

**CIRCUS BUSCH**  
10. Wandertour 1932  
tägl. 4. u. 8. Uhr  
Sonntags 2. u. 6. Uhr  
Stärkt den Pressefonds

**KAUFHAUS SCHOCKEN**  
Aus besonders günstigen Einkäufen  
gute, starkfädige Qualität,  
20 verschiedene Muster,  
7 verschiedene Formen,  
Größe 42 bis 48  
3,95  
33 Inseratenform geschützt

**Kampfsignal heute neu!**

**Genossinnen! Genossen! Geschäftsleute**  
Eure Kundschaft wünschen, inserieren in der „SAZ“  
Also beachtet stets unsere Anzeigen und kauft nur bei unseren Inserenten!!

Suche für meine Tochter, die zu Ostern aus der Volksschule entlassen wird, eine Stellung als Hausgehilfin in Privat- od. kinderlos. Geschäftshaushalt Angebote erbeten an  
A. Berger  
Chemnitz, Gustav-Adolf-Straße 38

## Völkerverhetzer oben auf

Unter der Überschrift „Litauisches Spiel mit dem Feuer“ veröffentlicht Hugenbergs TU. die folgende Meldung aus Memel:

Wie verlautet, planen die litauischen Jungschützen, die Schaulu Sajunga, für den 11. Februar einen großen Aufmarsch in Memel. Zu diesem Zweck sind ihnen, wie es heißt, von Kowno aus Sonderzüge zur Verfügung gestellt worden. Wenn auch noch nicht mit Sicherheit feststeht, welcher Art die Veranstaltung sein soll, muß doch nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß in jedem Fall eine erhebliche Verschärfung der Lage eintreten könnte und dieser Aufmarsch ein Spiel mit dem Feuer ist.

Dieselbe TU. aber bringt gleichzeitig eine Meldung aus Konkehmen (Ostpreußen), betitelt „Kundgebungen an der Grenze des Memelgebiets“ und berichtet darin, daß der Stahlhelm in dem Grenzort die Bevölkerung „zu einer Aussprache über die Vorgänge im Memellande eingeladen“ habe. Große Massen der Bevölkerung seien zusammengekommen. „Die Sorge um die Zukunft“, so heißt es weiter, spiegelte sich in den Ausführungen der Sprecher wieder und fand ihren Abschluß in der Forderung nach sofortigen Taten der Regierung ohne Verzögerung durch Notenwechsel und Verhandlungen. Was heute im Memellande geschehe, könne morgen in Ostpreußen geschehen.

Auch in anderen Grenzorten am Memelstrom fanden ähnliche Kundgebungen statt.

Nimmt man noch hinzu die Kundgebung des Deutschen Offiziersbundes mit ähnlichen Forderungen im Stile „Gewalt gegen Gewalt, so weiß man was die Stunde geschlagen hat. Die Kriegsberichterstattung ist schon wieder da! Wenn nicht aufgepaßt wird, können wir morgen den schönsten „Grenzzwischenfall“ haben, und dann wird es schon genug Leute geben, die das Feuerchen anblasen, um ihre Suppe daran zu wärmen. Die Telegraphenunion weiß schon was sie tut!

★

## Zaunius kommt nach Genf

Weiter Oel ins Feuer

Kowno, 10. Februar.

Auf die erneute telegraphische Anfrage des Völkerbundssekretariats, ob und wann die litauische Regierung ihren Vertreter nach Genf zu entsenden gedenke, hat die litauische Regierung dahin geantwortet, daß, falls der Rat die Behandlung der deutschen Memelbeschwerde für dringend notwendig befinden sollte, Außenminister Zaunius, soweit es sein Gesundheitszustand zulassen sollte, schon am 18. Februar in Genf eintreffen werde. (Ursprünglich hatte Litauen mitgeteilt, daß sein Außenminister nicht vor dem 23. Februar in Genf sein könne.)

★

Inzwischen wird von beiden Seiten weiter Oel ins Feuer gegossen. Wie TU. meldet, ist das einzige Mitglied des Memeler Direktoriums, Landesdirektor Szigand, von dem Generalsekretär des Direktoriums, Tolischus, dem vorläufig der Vorsitz von Zaunius übertragen ist, gewaltsam seines Amtes enthoben worden, was das deutsche Nachrichtenbüro in seinen Zwecken entsprechender Form an die Öffentlichkeit bringt.

★

## Schon Sonnabend Memelverhandlung

Genf, 11. Februar

Beim Völkerbundssekretariat ist die Mitteilung eingegangen, daß der litauische Außenminister in der Nacht zum Sonnabend in Genf eintreffen werde. Im Einverständnis mit der deutschen Abordnung ist daraufhin beschlossen worden, die Sitzung des Völkerbundsrates über die Memelfrage am Sonnabend nachmittag stattfinden zu lassen.

## Oldenburger Landtag am 16. Februar

Oldenburg, 10. Februar.

Der oldenburgische Landtag wird am Dienstag, dem 16. Februar, 11 Uhr zu einer Tagung zusammentreten, um zu dem Auflösungsantrag Stellung zu nehmen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen des Volksantragsverfahrens muß der Landtag, nachdem das erfolgreiche Ergebnis des Volksbegehrens auf Landtagsauflösung nunmehr endgültig feststeht, noch zur Auflösungsfrage Stellung nehmen, bevor ein Volksentscheid in Gang gebracht werden kann. Ob der Landtag sich selbst auflösen wird, steht noch nicht fest und hängt noch von verschiedenen Voraussetzungen ab.

## So wird Politik nicht gemacht

Hamburg, 11. Februar.

Am Mittwochnachmittag wurden zwei Anschläge auf Generalkonsulate verübt. Im japanischen Generalkonsulat wurden einige Fensterscheiben zertrümmert, ebenso beim tschechoslowakischen Konsulat. In beiden Konsulaten wurde niemand verletzt. Wie die Polizei mitteilt, konnte einer an der Kundgebung beim japanischen Konsulat Beteiligten festgenommen werden.

# Praktische Massen-Revolutionierung

## Wie die SAP die rote Einheit front schmiedet — Ein Kampfkartell aus SAP, KPD, sämtlichen Freien Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen

Im Vogelland haben die Genossen der SAP, teils angerührt durch den Aufruf des Parteivorstandes der SAP zu Ende Dezember, teils aus eigener Initiative mit besonderer Energie die Organisierung roter Einheitsaktionen und aktionsgewillter Kartelle in Angriff genommen, wobei sie teilweise bereits erfreuliche Ergebnisse erzielten. Wir geben im folgenden zur Unterrichtung unserer Genossen und der gesamten Arbeiterschaft den Bericht unserer Klingenthaler Genossen über ihre erfolgreiche und vorbildliche Arbeit wieder. Insbesondere ist hier anerkennenswert und beachtenswert, daß die Klingenthaler KPD nicht wie die kommunistische Zentrale und wie sehr viele andere kommunistische Ortsgruppen die gemeinsame Arbeit sabotiert, sondern eifrig am Aufbau der wirklichen, kämpfenden roten Einheitsfront mitwirkt.

Klingenthal, 10. Februar.

Bereits in unserer ersten öffentlichen Versammlung am 12. Oktober 1931 machte die KPD uns den Vorschlag, ein Einheitskomitee gegen Faschismus und Kulturreaktion zu bilden. Die nächste Mitgliederversammlung der SAP nahm diesen Vorschlag an. Das Komitee setzte sich aus je drei Genossen der SAP und der KPD zusammen. Es fanden einige Besprechungen statt, zu einer größeren Aktion kam es aber zunächst nicht, da eine bereits festgesetzte gemeinsame Versammlung infolge des „Weihnachtsfriedens“ unmöglich gemacht wurde. Diese Veranstaltung sollte nun sofort nach Ablauf des Versammlungsverbotstages stattfinden.

Die SAP-Genossen schlugen nun den Kommunisten vor, die geplante Kundgebung gemeinsam mit den übrigen Arbeiterorganisationen des Bezirks durchzuführen, da sie die Aktion auf eine breitere Grundlage stellen wollten, als der kommunistische Vorschlag vorsah, da sie insbesondere meinten, daß erst die Beteiligung der Gewerkschaften die Voraussetzung für den breitesten Widerhall in den Massen, weit über die Schranken der parteipolitisch Organisierten hinaus, schaffen würde. Die KPD stimmte zu, und am 31. 12. 31 fand eine Besprechung mit den Vorsitzenden der Gewerkschaften, der Arbeiter-Turn- und Gesangsvereine und der Freidenker statt, in der für den ersten Sonntag nach Ablauf des Weihnachtsfriedens eine gemeinsame Demonstration festgesetzt wurde, zu der jede Arbeiterpartei einen Redner stellen sollte.

Die SPD lehnte ab. Auch der Ortsausschuß des ADGB, in dem ein SPD-Mann den Vorsitz führt, machte nachträglich Schwierigkeiten. Das Komitee beschloß deshalb, die Demonstration um 14 Tage zu verschieben und sich in der Zwischenzeit an die Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften zu wenden.

In der Zwischenzeit fand am 13. Januar auch eine öffentliche Diskussionsversammlung statt, in der die Genossen Klaus Zweiling (SAP) und Rölz (KPD) über das Thema sprachen: „Wie schaffen wir die Einheitsfront?“ Die Auseinandersetzung verlief durchaus sachlich.

Eine Resolution der SAP, in der sämtliche Arbeiterorganisationen aufgefordert wurden, Delegierte für ein gemeinsames Kampfkartell zu wählen, wurde von den 1500 Besuchern einstimmig angenommen nachdem die KPD ihren Antrag, das Kartell gleich in der Versammlung zu wählen, zurückgezogen hatte. Ebenso fand ein kommunistischer Antrag Annahme, überparteiliche Kampfstaffeln unter der gemeinsamen Führung von sozialistischem Schutzbund und kommunistischer Arbeiterwehr aufzustellen. Es erfolgten am selben Abend noch 150 Neu-Eintragungen, über die bereits bestehenden Abwehrorganisationen hinaus.

Als erste Aktion des Kartells wurde am 24. Januar die bereits vorher geplante gemeinsame Demonstration durchgeführt, die ohne jede Störung verlief. An der Kundgebung, zu der ein SAP- und ein KPD-Genosse sprachen, beteiligten sich etwa 1000 Menschen, am Demonstrationszug 500 bis 600. Daß die Beteiligung nicht noch viel stärker war, erklärt sich wohl daraus, daß es bei einer im Februar 1931 von SPD und KPD gemeinsam veranstalteten Demonstration zu Störungen durch die Kommunisten und überdies zu einem schweren Zusammenstoß mit der Polizei gekommen war. Das Kartell hat die Absicht, in nächster Zeit eine weitere Demonstration durchzuführen und hofft, daß die Beteiligung bedeutend stärker sein wird, da die letzte Aktion gezeigt hat, daß

gemeinsame Kundgebungen und Aufmärsche jetzt wieder möglich sind.

Weiter wurde aus den Mitgliedern des Schutzbundes, der Arbeiterwehr und der Kampfstaffeln eine gemeinsame Abwehrorganisation zusammengestellt und organisiert. Die Führer der Unterabteilungen sind zur Hälfte Schutzbundgenossen, zur Hälfte Kommunisten. Die Stellvertreter sind jeweils der anderen Parteirichtung entnommen wie die Führer. Einige

gemeinsame Aus- und Aufmärsche haben bereits stattgefunden.

Der Schutzbund besteht natürlich trotzdem als geschlossene Organisation weiter und führt eigene Aktionen durch. Wir halten die Zusammenfassung von Genossen verschiedener Parteirichtungen in den Gruppen der Abwehrorganisation beson-

ders deshalb für wertvoll, weil dadurch eine engere persönliche Bindung geschaffen und damit die kämpfende rote Einheitsfront fest untermauert wird. Eine Sprengung der Einheitsfront von seiten der KPD dürfte schon heute sowohl bei deren Mitgliedern wie auch bei den Genossen, die sich noch für keine Partei entschieden haben, auf energischen Widerstand stoßen.

Das Kartell setzt sich aus den Vertretern von 25 Organisationen des Bezirks zusammen.

Vertreten sind außer SAP und KPD sowie deren Wehr- und Jugendorganisationen, alle Gewerkschaften, die Sport- und Gesangsvereine und die Freidenker. Die SPD ist nicht beteiligt. Vorsitzender des Kartells ist ein SAP-Genosse. Gemeinsame Aktionen werden vom ganzen Kartell vorbereitet und dann durch einen zu diesem besonderen Zweck gewählten Ausschuß durchgeführt. Die sogenannte „Eiserne Front“ hat hier außer

den 20 SPD-Genossen keinen einzigen Menschen hinter sich, nicht eine einzige Gewerkschaft, und bringt auch keine Veranstaltung zuwege.

Aktionen in den Betrieben durchzuführen, ist bisher noch nicht möglich gewesen und wird auch in Zukunft schwierig sein, da die Harmonikindustrie, die Hauptbeschäftigung unseres Bezirks, fast brach liegt und die wenigen noch arbeitenden Betriebe in gewerkschaftlicher Beziehung sehr mangelhaft organisiert sind. Eine Anzahl anderer Betriebe dagegen ist außerordentlich gut organisiert, und dort ist die SAP fest verwurzelt, während die Kommunistische Partei nur einen geringfügigen Einfluß hat. Da wir der Betriebsarbeit auch für künftige Aktionen ganz besonderen Wert beimessen, wird die größtmögliche Aktionskraft auf sie konzentriert. Es ist zu hoffen, daß bald auch Betriebe sich von sich aus dem Kartell anschließen und dessen Massengrundlage damit erneut verbreitern werden.

# Siemens-Konzern in der Krise

Die mit Spannung erwarteten Bilanzen des Siemens-Konzerns liegen nun vor. Ihr äußeres Bild ist günstiger, als nach den großen Entlassungen und starken Lohnsenkungen, die in diesem Konzern erfolgt sind, erwartet werden mußte. Waren doch im Laufe des mit Ende September abschließenden Geschäftsjahres nicht weniger als 14 000 Beschäftigte entlassen worden, wovon allein 12 000 auf die deutschen Betriebe entfallen, während die Lohnsumme gegenüber dem vorausgegangenen Jahr von 257 auf 192, also um rund 65 Millionen Reichsmark gesunken ist, was einer Senkung um mehr als 25 Prozent entspricht. In der gleichen Zeit ist aber der Umsatz nur um 21 Prozent zurückgegangen, und wenn dennoch der Reingewinn bei Siemens u. Halske um ein Drittel gesunken ist und Siemens u. Schuckert sogar mit Verlusten gearbeitet haben, die allerdings durch Rückgriff auf stille Reserven aus Vorräten und aus Debitoren beseitigt werden konnten, so ist damit der Beweis dafür gegeben, wie stark auf die großkapitalistischen Unternehmungen in der Krise das Gesetz der fixen Kosten wirkt, und damit aber auch der Beweis dafür, daß es ein ganz aussichtsloses Beginnen ist, nur die Arbeiterschaft die Folgen der Krise verspüren zu lassen und die finanzielle Gesundheit der Betriebe auf dem Wege der Lohnkürzungen zu erhalten.

Das Rätsel selbst findet seine Lösung durch eine Betrachtung der Anleihezinsen, wie sie beispielsweise die Gewinn- und Verlustrechnung der Siemens & Halske ausweist. Seit Jahren sind diese in ebenso unaufröhmlich wie raschem Steigen begriffen. Machten sie beispielsweise im Jahre 1926/27 noch nicht ein Drittel des ausgewiesenen Reingewinns aus, so haben sich ihm diese im Laufe der Zeit immer mehr angenähert, um ihn im letzten Geschäftsjahr bereits erheblich zu übertreffen. Das Unternehmen arbeitet heute also bereits zu einem großen Teil ausschließlich für die Verzinsung der von ihm aufgenommenen Anleihen.

Während die Bilanz der Siemens & Halske gegenüber dem Vorjahr in den entscheidenden Posten eigentlich keine beträchtliche Differenz aufweist — bemerkenswert ist nur ein weiteres Steigen der „Beteiligungen“ von 148,9 auf 155,5 Millionen RM. —, fällt bei Siemens-Schuckert eine starke Verschiebung auf. Einmal ist der Posten „Kasse, Wechsel, Bankguthaben“ von 44,0 auf 25,3 und der Posten „Effekten“ von 41,5 auf 22,4 Mill. RM. zurückgegangen. Diesem Rückgang entspricht allerdings auch eine Verminderung des Postens „Gläubiger“ von 116,5 auf 72,5 Mill. RM. Ungleich bemerkenswerter und vielsagender ist der Posten „Angefangene Arbeiten usw.“, da diese einen Rückschluß auf den augenblicklichen Beschäftigungsstand gestattet. Er sank bei Siemens-Schuckert von 55,6 auf 32,8 Mill. RM., während bei Siemens & Halske immerhin nur eine Verringerung von 29,2 auf 22,6 Mill. RM. erfolgt ist. Der Posten „Schuldner“, der bei Siemens & Halske nahezu gleich geblieben ist, weist bei Siemens-Schuckert dagegen eine Zunahme von 117,1 auf 127,3 Mill. RM. auf, was in dem Bericht damit erklärt wird, daß bei den hereinkommenden Aufträgen, besonders auch aus dem Auslande, immer längere Finanzierungsfristen bewilligt werden müssen. In diesem Zusammenhang ist ein soeben zustande gekommener Geschäftsabschluß des Konzerns mit Uruguay von Interesse. Der Konzern hat für die Stadt Montevideo die Telefon-einrichtung übernommen, wobei es sich um einen Auftrag von über 8 Millionen handelt. Die im dortigen Inland vorzunehmende Montage wird in Inlandswährung, allerdings auf Goldbasis, gezahlt,

wofür sich Siemens verpflichtet hat, diesen Erlös zum Export von einheimischen Produkten des Landes Uruguay zu verwenden.

Augenfälliger lassen sich die heute bestehenden Handelshemmungen wohl kaum demonstrieren!

## Umsatzentwicklung und Belegschaftsabbau

Im einzelnen hat sich der Umsatz wie folgt entwickelt:

Bei den Siemens-Schuckert-Werken betrug der Umsatz 374,8 Mill. gegenüber 516 Mill. i. V., nach Abzug der Umsätze mit Siemens & Halske 346 Mill. gegen 497 Mill. i. V. Bei Siemens & Halske betrug der Gesamtumsatz 300 Mill. gegenüber 322 Mill. i. V., nach Abzug der Umsätze mit Siemens-Schuckert 285 Mill. gegenüber 302 Mill. i. V.

Es ist gelungen, den Auslandsanteil an den Umsätzen weiter zu steigern.

Bei Siemens-Schuckert beträgt der Auslandsanteil am Umsatz 52 Proz. gegen 47 Proz. i. V., bei Siemens-Halske 42 Proz. gegen 33 Proz. i. V.

Ueber den

## Belegschaftsabbau

in den deutschen Werken während der letzten Jahre unterrichtet folgende Gegenüberstellung:

	1930/31	1929/30	1928/29
Siemens & Halske ..	33 400	39 600	43 400
Siemens-Schuckert ..	40 000	50 100	56 200

Seit dem Höchststand von 102 000 Beschäftigten im September 1928 sind bis zum Bilanzstichtage insgesamt 33 000 Beschäftigte, oder rund ein Drittel entlassen

worden.

Zum erstenmal weisen die Bilanzen auch die Einlagen der Betriebesparkassen aus. Bei Siemens & Halske hatte diese am Bilanzstichtag einen Bestand von 17,7, bei Siemens-Schuckert einen solchen von 14,0 Mill. M. Im letzteren Falle etwa mehr als 10 Prozent, im ersteren 17 Prozent des Aktienkapitals. Hoffentlich sind diese Bestände besser gesichert als bei Nordwolle und bei Borsig.

## Sozialdemokratische „Aufklärung“

Einen charakteristischen Beitrag zur sozialdemokratischen Politik liefert ein Bericht im „Sächsischen Volksblatt“ über eine Eiserne-Front-Versammlung in Schneeburg, in der die Reichstagsabgeordnete Clara Bohm-Schuch referierte. Sie führte aus: „Deutschland habe abgerüstet, aber die anderen Staaten hinken noch nach. Aufgabe der Sozialdemokratie müsse es sein, die Arbeiterschaft weiterhin aufzuklären...“ Deutschland habe abgerüstet! Weiß die Referentin wirklich nichts von Deutschlands geheimen Rüstungen, oder tut sie nur so (vielleicht aus Angst vor dem Staatsanwalt)? Immerhin eine Art der Aufklärung, die sich nicht von der der Militaristen und Nationalisten unterscheidet.

## Hitler auf hohem Roß

Zu einem Leitartikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“, in dem es hieß, man könne im Ernst nicht glauben, daß Hitler die Einbürgerung verweigert werden würde, wenn er darum einkomme, erklärt Dr. Frick in der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz, noch im Jahre 1929 habe der bayerische Innenminister Dr. Stuetzel im Einvernehmen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held eine von ihm, Dr. Frick und Dr. Buttman gestellte Anfrage, ob ein Einbürgerungsgesuch Adolf Hitlers Aussicht auf Erfolg habe, abschlägig beschieden. Heute lehne es der Führer der größten Partei Deutschlands ab, die Einbürgerung zu erbitten.

Zusammentritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Nach einer vorbereiteten Sitzung des Fraktionsvorstandes ist am Donnerstagnachmittag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Besprechung der politischen Lage zusammengetreten. Dem Vernehmen nach sind Beschlüsse in dieser Sitzung noch nicht zu erwarten.

## Mussolini besucht den Papst

Es gehen große Dinge vor in der Welt! Mussolini wird den Papst in seinem Domizil, in der Stadt des Vatikans besuchen! Gewiß, man könnte ärgerlich eine Groteske schreiben, die Angelegenheit vorführt zur Ironie; aber es ist doch auch in Wahrheit eine ernste Sache. Seit 61 Jahren betritt zum ersten Mal der Ministerpräsident einer italienischen Regierung — das ist der Vergewaltiger Italiens ja seiner staatsrechtlichen Stellung nach — die Residenz des Oberhauptes der katholischen Kirche. Das ganze Zeremoniell der Kirche wird entfaltet, der blutige Duce wie ein souveräner Herrscher (er ist ja freilich) empfangen werden. Der Besuch bildet einen Abschluß für die vor 3 Jahren unterzeichneten Lateranverträge, für das Geschäft zwischen Faschismus und Katholizismus.

Der intime Kampf zwischen diesen beiden Mächten ist damit zwar schwerlich zu Ende, aber vorläufig dürfte die Interessengemeinschaft überwiegen. Das bedeutet freie Bahn für den Faschismus, soweit er die Kirche nicht schädigt, sie vielmehr beteiligt. Daß das Wirkungen auch auf die Haltung des deutschen Zentrums ausüben muß, versteht sich am Rande.

## Studenten verdrängen Landarbeiter!

Das sächsische Volksbildungsministerium verbreitet soeben ein Flugblatt an die Abiturienten, in dem mitgeteilt wird, daß Kurse für Abiturienten zur Ueberleitung in den landwirtschaftlichen Beruf eingerichtet werden sollen. Kameradschaften von 20 Teilnehmern sollen in erster Linie auf den Staatsgütern tätig sein. Um nach außen hin das Gesicht zu wahren, wird beteuert, daß grundsätzlich nur sogenannte Zusatzarbeiten verrichtet werden sollen, d. h. „solche, die auch in normalen Zeiten aus Kapitalmangel oder ähnlichen Gründen nicht durchgeführt werden“. Ummittelbar anschließend heißt es aber weiter:

„Den Kameradschaften soll ein Einblick in die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Tätigkeiten und in die Eigenart (auch in die Schattenseiten) des Landlebens ermöglicht werden. Zu diesem Zweck wird die Arbeit so verteilt werden, daß die Kameradschaften auch mit den laufenden landwirtschaftlichen Arbeiten, wie Meliorationen und dergleichen, befaßt werden und dafür die gewöhnlichen Landarbeiter des Gutes zu zusätzlichen Arbeiten herangezogen werden.“

Wer will dann kontrollieren, ob die „gewöhnlichen Landarbeiter“ wirklich Ersatzarbeit erhalten für die Tätigkeit, die ihnen durch die Studenten entzogen wird? Nach allen bisherigen Erfahrungen, die bei ähnlichen Experimenten gesammelt wurden, ist vielmehr bestimmt damit zu rechnen, daß die Zahl der arbeitslosen Landarbeiter eine weitere Vermehrung erfahren wird und daß diese Arbeitsdienstler außerdem eine üble Schmutzkonzurrenz in bezug auf Lohndruck abgeben werden.

Um eine Einrichtung des sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstes handelt es sich nämlich. Wer daran noch zweifeln wollte, würde durch das ministerielle Rundschreiben selbst eines Besseren belehrt. Denn dort heißt es: „Da begründete Aussicht besteht, daß die Tätigkeit der Kameradschaften als freiwilliger Arbeitsdienst anerkannt wird...“ Wir zweifeln nicht daran.

Der schärfste Widerstand der Arbeiterklasse muß sich gegen dieses Unternehmen richten, das zu allem übrigen auch aus politischen Gründen zu verwerfen ist, denn diese Kameradschaften werden bald Stützpunkte der ländlichen Reaktion werden. Die SAP wird in Verbindung mit dem SJV überall gegen diese gefährlichen Absichten protestieren. Was aber wird die SPD, was wird der Deutsche Landarbeiterverband tun? Werden sie auch diese neuesten Formen des Arbeitsdienstes tolerieren und unterstützen?

## Vier Prozesse um Leopard Nanosh

Gegen den Maler v. Othegraven ist jetzt von der Berliner Staatsanwaltschaft Anklage wegen fahrlässiger Tötung der zweijährigen Erika Scharries erhoben worden, so daß dieses durch den Leoparden „Nanosh“ verursachte Unglück demnächst sein strafrechtliches Nachspiel haben wird. Aber auch die wegen der Erschießung des Tieres angekündigten Zivilprozesse gegen das Polizeipräsidium sind bereits eingeleitet. Zunächst hat Rechtsanwalt Dr. Manger für v. Othegraven eine Schadensersatzklage von 10 000 Mark eingereicht. Es folgen weitere Klagen der als Dompteure in dem Vergnügungspark „Fortuna“ tätigen Gebrüder Walldorf, und zwar sowohl derjenigen, der den Leoparden erworben hatte, um aus ihm eine Varieté-Nummer zu machen, wie des anderen, der 6000 Mark als Schadensersatz dafür verlangt, daß ihm die Polizei durch die Erschießung des Leoparden seinen im Nebenkäfig untergebrachten Bären für weitere Dressuren unbrauchbar gemacht hat. Der vierte Prozeß um „Nanosh“ kommt dadurch zustande, daß der Ingenieur Reichel, dem das Tier wegen seiner Ansprüche gegen v. Othegraven verpfändet worden war, nun die Polizei wegen Vernichtung seines Pfandobjektes verklagt.

# Spielball des Imperialismus

## Die Wahrheit über die „Völkerbundsarmee“

Berlin, 11. Februar.

Die „Berliner Tagwacht“, das offizielle Publikumsorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, kommentiert das französische Projekt einer Völkerbundsarmee folgendermaßen:

„Aus was will der Völkerbund eine internationale Polizei, ein internationales Ueberfallkommando bilden? Wer soll es handhaben, zu wessen Gunsten? Immer gegen den Angreifer? Im chinesisch-japanischen Konflikt streiten sich die Völkerbundsdelegierten heute noch herum, wer der Angreifer, wer der Angegriffene ist, und die Kriegserklärung Chinas ist der beste Beweis, daß ein Land aus purer Verzweiflung zum Angriff getrieben werden kann. Wer stellt die Truppen, wer die Gelder, wer die Materialien, wer führt und entscheidet? Der Völkerbund? Aber wer ist der Völkerbund? Eine Bretterbühne, auf der die Mächte den Völkern Friedenstheater vormachen, indessen jede Macht zum Krieg rüstet. Die Völkerbundsarmee wäre eher noch eine Kriegsgefahr als eine Friedensgarantie, denn

genau so wie heute der Völkerbund das traurige Instrument imperialistischer Machtpolitik ist, der Spielball französischer oder englischer Interessen, so wäre die Völkerbundsarmee nur ein weiteres Machtinstrument der dominierenden Mächte und müßte also solches zum förmlichen Zankapfel werden, ein Spielball der Intrigen und Einflüsse.

So wenig die Interessengegensätze der imperialistischen Staaten einen wahren Völkerbund entstehen lassen, so wenig lassen sie auch eine Völkerbundsarmee zu. Wäre es anders, die

Völkerbundsarmee wäre gar nicht nötig, es genüge, daß sich die Staaten mit ihren Armeen hinter den Völkerbund stellen, sobald er sie nötig hat. Man stelle sich das einmal vor, überlege sich nur, wie der Völkerbund einig werden soll, der bis jetzt noch nie einig geworden ist, und man wird sich bald klar, daß der Völkerbund mit einer Armee eher Unheil als Heil anrichten wird. Solange der Völkerbund auf nationalen Gegensätzen aufgebaut ist, solange die Völkerbundsarmee immer und immer wieder durch kapitalistisch-imperialistische Konflikte zunichte gemacht wird, ist der Völkerbund mit allen seinen Institutionen, den alten und den neuen, zwangsläufig dazu verdammt, entweder nichts zu tun, oder aber denen Vorschub zu leisten, die ihn beherrschen. Sein Bestes ist noch das neutrale Nicht-tun; wo er eingreift, geschieht es bombensicher zugunsten der ihn beherrschenden Mächte, welche Gefahr bei einer Völkerbundsarmee erst recht bestände. Um ein konkretes, durchaus mögliches Beispiel zu nennen: Schweizer Kontingente der Völkerbundsarmee müßten am Ende auf irgendwelchen Schlachtfeldern für die französischen Rüstungsgegnern bluten.

Vielleicht sind die Pläne zur Völkerbundsarmee in den Direktionszimmern der Schneider-Creuzot ausgebrütet worden...

Man lasse sich weder durch Schlagworte und Schlaumeiereien, noch durch Biedermeiereien betören. Man fordere nicht die Abrüstung der Armeen, um dem Völkerbund der nationalistisch-imperialistischen Staaten erst recht ein Kriegs- und Eroberungsinstrument in die Hände zu geben.“

## Wie sage ich's meinen Angeklagten?

### Ein aktiver sächsischer Richter als juristischer Berater der SA

Der Ohnesorge-Prozeß gegen Graf Helldorf und Genossen hat ein klassisches Beispiel dafür geliefert, daß die armen SA-Leute vor dem Untersuchungsrichter manchmal nicht den rechten Ton treffen. Dadurch wird dem Spruchrichter seine nicht immer leichte Aufgabe, die durchschlagenden Gründe für das Erkenntnis: Freispruch — zu finden, ganz ungebührlich erschwert, so daß die geplagten Mitglieder der Strafkammern womöglich wochenlang ihre Prozeßmaterie abhandeln müssen, bis alles soweit aufgeklärt ist, daß der Freispruch nicht mehr gar so viel Empörung in der Öffentlichkeit weckt. Um solchen Uebelständen abzuhelfen, hat der im aktiven sächsischen Justizdienst befindliche Landgerichtsdirektor K. von Miaskowski im nationalsozialistischen „Angriff“ seinen Parteigenossen ein kleines Privatkolleg über das für den beschuldigten oder gar festgenommenen SA-Mann erforderliche Benehmen vor dem Untersuchungsrichter oder dem Staatsanwalt gehalten. Es findet sich in Nr. 30 des „Angriff“ von 10. Februar und sollte der Herrn von Miaskowski vorgesetzten Behörde ausreichenden Grund zum Einschreiten gegen den unvorsichtigen Richter geben. Sollte...

Einleitend bemerkt der Landgerichtsdirektor von Miaskowski, daß der Sinn seiner Rechtsbelehrung sei, „die von Hitler seit Jahr und Tag feierlich verkündeten Legalitätsgrundsätze auch dem jüngsten SA-Mann in der entgegenstehenden Ortsgruppe in Fleisch und Blut übergeben zu lassen“. Das ist als Tarnung recht nett, besonders dann, wenn man den Landgerichtsdirektor danach folgendermaßen fortfahren hört:

„... wir haben bereits mit Genugtuung feststellen können, daß manche bisher übereifrig in bestimmter Richtung vorgehenden Dienststellen sich Reserve auferlegt haben, seitdem sie wissen, daß hinter unseren Leuten gut unterrichtete und tätige Organisationen stehen.“

Das ist der Wink mit dem Zaunpfahl der Feme! Weiter heißt es:

„Es ist in den interessierten Kreisen bekannt geworden, daß wir unsere Parteigenossen anweisen, mit ihren Aussagen vor Polizeibehörden, deren Einstellung bekannt oder nicht zweifelsfrei ist, vorsichtig zu sein...“

So weist ein Richter die Rechtsbelehrung suchenden SA-Leute an, vor Behörden die Unwahrheit zu sagen. Er predigt auch Mißtrauen gegenüber den Staatsanwälten, mindestens solange man nicht weiß, woran man mit ihnen ist. Schließlich aber wird der Herr Rechtskonsulent ganz deutlich. Taktisch falsch sei es, die Aussageverweigerung, die möglicherweise vor der Kriminalpolizei oder vor dem Staatsanwalt richtig und nützlich sei, über den Zeitpunkt der staatsanwaltlichen Befragungen hinaus fortzusetzen. Warum? Das wird man gleich hören! Und dem Landgerichtsdirektor von Miaskowski dürfen wir schon zutrauen, daß er seiner Kollegen einigermassen sicher ist, daß er sie gut genug kennt, um seinen Ratschlag auch verantworten zu können. Er sagt nämlich:

„Das ist, abgesehen von dem wenigstens

bei uns in Sachsen unvorstellbaren Falle, daß sich ein erstvernehmender Amtsrichter oder ein Untersuchungsrichter bereits als einseitig gegen unsere Bewegung eingestellt erwiesen habe, taktisch falsch.“

Und dann fährt er fort und gibt dankenswerterweise den Anreger der Ratschläge preis. Kein Leser wird mit uns daran zweifeln, daß dieser Anreger im Reichsgericht zu Leipzig zu suchen sein wird, vielleicht in jenem durch Professor Ebermayers aufschlußreiches Buch „Fünfzig Jahre Dienst am deutschen Recht“ bekannt gewordenen, sogenannten Dreizehnten Senat, der allwöchentlich in der Schwemme des „Thüringer Hof“, einer Leipziger Sehenswürdigkeit, aktive und inaktive Mitglieder des höchsten deutschen Gerichts um den runden Bierstisch versammelt sieht und zu dessen eifrigsten Besuchern auch der Reichsanwalt Jorns gehört. Landgerichtsdirektor von Miaskowski sagt nämlich:

„Ich bin auf diese nicht unwichtige Seite einer allzu ausgedehnten Aussageverweigerung erst kürzlich von hoher, vorbildlich objektiv eingestellter juristischer Seite aufmerksam gemacht worden, und ich verfehle daher nicht, diese wohlgemeinten Ratschläge den Parteigenossen, insbesondere aber den unserer SA und SS vorgesetzten Stellen, sowie den Ortsgruppenleitern weiterzugeben.“

Herr von Miaskowski wird im Dritten Reich, wenn es jemals zustande kommen sollte, wenn nicht Justizminister des Freistaates Sachsen, so doch sicherlich Kriegsgerichtsrat in der dann zur Miliz umgebildeten Privatarmee Hitlers werden.

Das walte Gott! Berthold Jacob.

## Schande für die spanische Republik

### Deportation politischer Gefangener

Madrid, 10. Februar.

Der Dampfer „Buenos Aires“ ist heute bei Tagesanbruch aus Barcelona ausgelaufen, um die zur Deportation verurteilten Gefangenen nach Bata, der Hauptstadt von Spanisch-Guinea, zu bringen. Im Gefängnis von Valencia soll eine Anzahl Gefangener gegen die Deportierung von elf Führern der revolutionären Bewegung von Mitte Januar protestiert haben, wobei es zu Zwischenfällen gekommen sei.

Es handelt sich hier um die Führer des katalanischen Aufstandes, in der Hauptsache wohl Syndikalisten und Kommunisten. Gewerkschaftsabgeordnete der Nationalversammlung stellten am Donnerstag den Antrag, die am Mittwoch erfolgte Deportation der Führer des katalanischen Aufstandes rückgängig zu machen, da ein solches Verfahren der Republik unwürdig sei. Der Ministerpräsident drohte mit dem Rücktritt des gesamten Kabinetts, falls der Antrag angenommen werde. Daraufhin wurde der linksradikale Antrag mit einer Mehrheit von 159 gegen 14 Stimmen zurückgewiesen und damit der Regierung erneut das Vertrauen ausgesprochen.

## Besitzsteuern werden gestundet

Kann der Reichsfinanzminister auf die prompte Steuerentrichtung verzichten? Nach den ständigen Klagen aus seinem Hause in die Öffentlichkeit nicht. Jedoch der Finanzminister weiß offenbar zu differenzieren. Soeben hat er eine Verfügung erlassen, nach der den Vermögenssteuerpflichtigen, die noch keinen Steuerbescheid erhalten haben, die am 15. Februar fällige Zahlung zur Hälfte zinslos gestundet wird. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß sonst die Steuerpflichtigen trotz des allgemeinen Vermögensrückgangs eine Vorauszahlung leisten müßten, die auf der Grundlage des Vermögens vom 1. Januar 1928 beruht.

Diese einseitige Entlastung des Besitzes ist um so schreiender, als die Vorauszahlungen zur Einkommensteuer unverändert — dabei noch nach einem zweifellos vielfach zu hohen Stande — erfolgen müssen und nicht zinslos gestundet werden. Die kleinen Einkommen werden, soweit sie nicht der Lohnsteuer unterliegen, rücksichtslos herangezogen, die großen Vermögen aber mit-leidvoll geschont. Ueber rückläufige Steuereinnahmen, die dann wieder durch erhöhte Belastung der Schwächsten wettgemacht werden, braucht man sich jedenfalls bei einer solchen Finanzwirtschaft nicht zu wundern.

## Bankiers auf der Anklagebank

B. G. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Golzen begann der auf mehrere Tage berechnete Prozeß gegen die Gesellschafter des Bankhauses Max Marcus & Co. Wegen des Verbrechens der Depotunterschlagung und des Konkurses haben sich zu verantworten der 60jährige Bankier Max Marcus und der 40jährige Bankier Berthold Schreiber. Nach den Berechnungen des Büchersachverständigen Landsberger sind im Laufe der Zeit von den beiden Angeklagten

Kundendepots in Höhe von 3 1/2 Millionen Mark veruntreut

worden, so daß die Schuldenlast des Bankhauses unter Hinzurechnung der anderen Verfehlungen, die durch die Entnahmen der Inhaber entstanden sind, etwa 4 Millionen Mark beträgt. Für die Kreditoren ist aus der Konkursmasse nur eine Quote von etwa 4 Proz. zu erwarten. Der Angeklagte Max Marcus bestreitet, daß er die Lombardierungen der Kundendepots in Kenntnis der Ueberschuldung der Gesellschaft vorgenommen habe. Der Angeklagte Schreiber will von Marcus getäuscht worden sein. Er habe zwar die bilanzmäßige Ueberschuldung gekannt, Marcus habe ihm aber immer gesagt, daß er größere Auslandsguthaben hätte, und zwar sei von ihm davon gesprochen worden, daß er eine Million Dollars und eine Million Schweizer Franken sichergestellt habe, die im Notfall herein-genommen werden könnten. Der Angeklagte Marcus trat nach außen sehr bescheiden und einfach auf, so daß die Kunden zu ihm großes Vertrauen hatten. In Wirklichkeit hat er aber ein Doppelleben geführt. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er große Aufwendungen und Geschenke für seine zahlreichen Freundinnen gemacht hat und daß er auch diesen und Verwandten erhebliche Darlehen ohne Sicherheit gegeben habe.

Die Verhandlung ergab keine genügende Aufklärung, wo die Millionen geblieben sind, die verlorengegangen sind. In den Büchern finden sich auf dem persönlichen Konto von Max Marcus hohe Beträge, die er an seine Freundinnen gegeben hat. Teilweise sind diese Posten auch als Schuldkonten aufgeführt.

## Die Nazi-Mordbanditen

### Zwei neue Verhaftungen in der „Felsenack“-Affäre.

Berlin, 10. Februar.

In der Voruntersuchung wegen des Zusammenstoßes in der Kolonie „Felsenack“ ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft III die Voruntersuchung auf die Nationalsozialisten Knuth und Dittrich ausgedehnt worden. Beide stehen im dringenden Verdacht, an der Tötung des Arbeiters Klemke unmittelbar beteiligt zu sein. Sie sind auf Haftbefehl ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

## Gegen Mißwirtschaft in Agrarkollektiven

Moskau (über Kowno), 10. Februar.

Die „Pravda“ veröffentlicht einen Brief des Landwirtschaftskommissars Jakowlew, in dem die kommunistische Jugend aufgefordert wird, sich an den Frühjahrsbestellungen zu beteiligen. Jakowlew hebt die besonderen Mißstände in den kollektiven Bauernwirtschaften im vorigen Jahre hervor und betont, daß diese Fehler nicht mehr wiederholt werden dürften, da die dem Staat hierdurch zugefügten Schäden sehr groß gewesen seien. Die Mißwirtschaft könne nur durch strenge Disziplin beseitigt werden.